www.mehr-demokratie.de

demokratie !

Magazin für Beteiligung und direkte Demokratie | Ausgabe 02.2022

VISIONEN FÜR EIN DEMOKRATISCHES EUROPA

Wie geht Frieden in Europa nach dem Ukrainekrieg?

Es geht los! Bürgerräte im Bundestag

Die neue Gesprächsreihe „Sprechen und Zuhören“

Ein demokratisches Europa braucht eine Friedensordnung, die den eigenen Werten entspricht und wehrhaft ist. Wir stellen verschiedene Ansätze vor.

ab Seite 28

Der UN-Weltsicherheitsrat entspricht den Machtverhältnissen nach dem Zweiten Weltkrieg, aber nicht den Herausforderungen einer globalen friedensstiftenden Kooperation. Ist er dennoch reformierbar?

ab Seite 36

Noch in diesem Jahr soll es in der Regie des Bundestages den ersten losbasierten Bürgerrat geben. Was sind die Kriterien für einen Erfolg und was empfiehlt Mehr Demokratie?

ab Seite 46

Inhalt

Europa im Umbruch

4 Einleitung
6 Gegen Krieg und Krisen. Mehr Demokratie wagen!

Visionen für ein demokratisches Europa

10 Europa, wirst du dich bewähren?
12 Elemente einer neuen Verfassung
15 Zehn Jahre europäische Bürgerinitiative – ein Blick nach vorn
18 Konferenz zur Zukunft der EU: Beteiligung wirkt!
20 Politik der Unwahrscheinlichkeiten
22 Krieg in der Ukraine – braucht es eine institutionelle Neuordnung Europas?

Reaktionen von Mehr Demokratie auf den Krieg

25 Die Position von Mehr Demokratie
26 Rede auf der Friedensdemo in Berlin am 13.03.2022

Neue europäische Friedensordnung

29 Was kommt nach dem Krieg?
31 Friedens-Bausteine nach dem Ende der Ära Putin
33 Sicherheit neu denken

UNO

37 Der Welt-Unsicherheitsrat und der Ukrainekrieg
37 Ist der UN-Sicherheitsrat noch reformierbar?

Dialogkunst

40 „Sprechen und Zuhören" – ein neues Format bei Mehr Demokratie

Bürgerräte

43 Neue Perspektiven für Bürgerräte
46 Zur Umsetzung von Bürgerräten im Bundestag

Rezension

49 Heike Pourian: „Wenn wir wieder wahrnehmen."

Mensch und Politik

51 Zum Rücktritt von Anne Spiegel

FAQ

53 Wie positioniert sich Mehr Demokratie?

BMV

54 Sprechen und Zuhören – das war die Bundesmitgliederversammlung

Ländertelegramm

56 Neues aus den Landesverbänden

Der demokratische Spruch

58 Willy Brandt

Titelbild: istockphoto/Marian Vejcik; istockphoto/ipopba; istockphoto/Sander Stock<; Robert Boden

Liebe Leserinnen und Leser,

Wer die Welt verändern will, kann gar nicht groß genug denken.

Die Ereignisse in der Welt fordern genau das: groß denken! Wir brauchen große Veränderungen in uns und um uns, um das zu bewältigen, was auf uns zukommt, und um das zu befrieden, was um uns geschieht.

Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine merken wir, wie fragil Frieden und Sicherheit sind. Nur indem wir uns ständig um sie bemühen und in Beziehung bleiben, bilden sich Frieden und Sicherheit stabil. Leider sind wir jetzt weniger Vermittlerinnen und Vermittler, sondern traurige Zeuginnen und Zeugen eines Krieges.

Ein Krieg, der zumindest die Chance in sich birgt, eine globale Gemeinschaft zu bilden. Eine Chance, im Schulterschluss mit allen Nationen alle Gräben der Freund-Feind-Logik zu überwinden und sich gemeinsam auf eine unsichere Zukunft zu konzentrieren, auf eine anstehende Transformation von Menschheit und Erde. Eine kleine Chance, zumindest.

Resilienz ist die Fähigkeit, auch unter hohem Druck seine Werte aufrechtzuerhalten. Was sind unsere Werte? Über Nacht die Zeitenwende ausrufen und 100 Milliarden Euro für unser Militär zu beschließen? Wäre es sinnvoller, dieses Geld in Friedensverhandlungen zu investieren und Soldatinnen und Soldaten allenfalls in gewaltfreier Verteidigung auszubilden? Oder müssen wir jetzt konsequent die Bundeswehr um- und eine europäische Armee aufbauen? Fragen, die auch uns bei Mehr Demokratie beschäftigen. Unterschiedliche Standpunkte dazu finden Sie in dieser Ausgabe.

Und mit unserem Schwerpunktthema Europa sehen wir, wie wichtig es jetzt ist, Europa neu und demokratischer zu gestalten und die Zusammenarbeit der EU gemeinsam mit allen neu zu verfassen.

Da wirkt die schöne Nachricht, dass der Bundestag bereits die Rahmenbedingungen und das Geld für die nächsten drei Bürgerräte beschlossen hat, geradezu nebensächlich.

Lesen Sie die folgenden Seiten mit Interesse und lassen Sie sich anregen.

Ihre

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin

Claudine Nierth, Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie.

України

UMBRUCH IN EUROPA

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Mauerfall erleben wir zurzeit wieder einen epochalen Umbruch. Inmitten von Krise und Krieg muss sich Europa neu erfinden. Die Umsetzung einer demokratischen Vision von Europa scheint jetzt realistischer als je zuvor. Und eine schmerzhafte Frage muss neu beantwortet werden: Wie kann eine demokratische Friedensordnung die europäischen Werte gegen Angriffe verteidigen, ohne sie selbst durch Aufrüstung und Polarisierung zu gefährden?

Foto: istockphoto/jontl

Gegen Krieg und Krisen. Mehr Demokratie wagen!

Ein Einwurf von Ralf-Uwe Beck

Die vergangenen Jahrzehnte haben sich angefühlt wie eine Thermik der Hoffnung, ein lauer Aufwind, der – jedenfalls in Europa – die Hoffnung hat nach oben steigen lassen. Es war eine Stimmung, als hätte die Menschheit das Schlimmste eigentlich hinter sich.

Der Krieg galt als alte Karosse, mit der noch meine Großeltern unterwegs waren, meine Eltern auf dem Rücksitz. Diese Karosse stand hinterm Haus, dem Haus Europa, von hohem Gras überwuchert, und hat vor sich hin gerostet. Diese Karosse hat Putin hervorgezerrt und wieder in Gang gesetzt. Der historische Höhenflug Europas in Richtung „alles wird irgendwie besser" ist damit ins Trudeln gekommen, manche Hoffnung ist bereits abgestürzt. Und schon ziehen die Gespenster des Kalten Krieges wieder auf: Aufrüstung, die Gefahr eines Atomkrieges, das Unversöhnliche.

Was geht uns das bei Mehr Demokratie an? Frieden, soziale Gleichheit, Natur- und Klimaschutz sind Staatsziele. Und alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. So steht es im Grundgesetz. Aber wie kommt zustande, was für uns und über uns beschlossen wird? Was ist der Staat, wessen ist der Staat? Und wie fühlen wir uns in ihm? Als Steuerzahlerin und Steuerzahler oder als Bürgerin und Bürger? Und was brauchen wir, damit wir uns dabei gut fühlen? Welche Erwartung verbindet sich damit und wer erwartet hier was und von wem? Ist der Staat für den Bürger da oder der Bürger für den Staat? Das sind die Fragen, die uns bewegen.

Nach einem Beratungs-Wochenende im Kanzleramt verspricht der Kanzler, die verkündete Zeitenwende mit 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr zu untersetzen. Was hat das mit uns zu tun? Ganz einfach, es ist unser Geld. Da sind wir mitten in der Spannung zwischen Bürgerin und Steuerzahlerin. Es sind 100 mal 1.000 Millionen Euro. Eine Schule kostet eine Million Euro. Von dem Geld könnten also 100.000 Schulen gebaut oder eine vielfache Anzahl saniert werden. Das ist nur ein Rechenbeispiel. Wie wäre es, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zu den 100 Milliarden anzuschauen? Das ist nur ein Hinweis. Es müssen nicht wirklich Alternativen sein. Und Mehr Demokratie muss sich damit auch nicht beschäftigen. Aber dass es *nicht* oder *wie* es besprochen wird, das ist ein Thema für uns.

Die Regierung verkündet die Zeitenwende, der Bundestag debattiert, die Opposition schämt sich nicht einmal, auch den Krieg noch parteipolitisch auszuschlachten – und uns bleibt nichts anderes, als heute den einen offenen Brief zu unterschreiben und zwei Tage später den anderen?

Als in der Schweiz das Parlament beschlossen hatte, Milliarden Franken für den Kauf neuer Bomber auszugeben, gab es ein fakultatives Referendum. Ergebnis: Das Geld bleibt in der Kasse. Vielleicht würde dies heute unter dem Eindruck des Krieges anders ausgehen. Aber *debattiert* wurde die Entscheidung und alle konnten darüber abstimmen. Uns aber fehlt diese Einflussmöglichkeit. Es fehlt der bundesweite Volksentscheid, es fehlt der Volkseinwand.

Der Krieg ist eine Ratte, die sich durch alles frisst, vor der nichts sicher ist. Und sie zieht einen langen Rattenschwanz hinter sich her. Was hieße die vollständige Unabhängigkeit von fossiler Energie aus Russland? Einschnitte, ganz bestimmt. Die sind uns nicht zuzumuten, meint die Regierung. Dazu sagt der ZEIT-Journalist Bernd Ulrich: „Gut zu wissen, was die Regierung so über die Bürgerinnen und Bürger denkt. Wäre die Situation nicht jetzt die Steilvorlage für ein Energiesparprogramm? Die Düngemittelproduktion verschlingt Unmengen an Gas. Wie wäre es mit dem Gegenprogramm und dem Ausbau des ökologischen Landbaus und wegen der Ertragseinbußen wagen wir endlich den Einstieg in den Ausstieg aus der Massentierhaltung. Jetzt wäre es Zeit für ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung – wie in Frankreich. Zeit für ein generelles Tempolimit. Die Mehrheit der Deutschen hat das gerade vor dem Hintergrund des Krieges längst verstanden."

Uns nicht zumutbar? Das hat die Vorgängerregierung bei ihrem Klimapaket auch vorgeschoben, um dann, gedrängt vom Bundesverfassungsgericht, nachbessern zu müssen. Was uns zumutbar ist, wenn es darum geht, aus der Kriegsmisere herauszukommen, das wäre erst noch zu ermitteln. *Hier* wäre ein Bürgerrat hilfreich. Er kann *dann* politische Gestaltungsfreiräume erschließen, wenn es auszuloten gilt, wozu wir bereit und fähig sind, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen.

Dabei ist, was wir erleben, erst der Anfang. Neben dem Krieg gibt es ein halbes Dutzend weitere Krisen: das Artensterben, den Klimawandel, Pandemien, Hunger, Fluchtbewegungen. Diese Krisen werden sich nur mit mehr Demokratie bewältigen lassen. Nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Wie denn auch sonst. Das ist sehr wohl unser Thema. Schließlich setzen wir auf eine starke direkte Demokratie und auf ein Wahlrecht, das uns nicht nur das Gefühl vermittelt, tatsächlich eine Wahl zu haben.

Es liegt also auch an uns, wie es weitergeht mit diesem Land und überhaupt. /

Auszug aus der Eröffnungsrede von Ralf-Uwe Beck zur Bundesmitgliederversammlung am 14.05.2022 in Berlin.

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie.

Foto: Vladislav Babienko/Unsplash

VISIONEN FÜR EIN DEMOKRATISCHES EUROPA

Foto: Ross Findon/Unsplash

Europa, wirst du dich bewähren?

Ein Impuls von Sarah Händel

„An manchen Tagen ist es einfach zu erkennen, wo Licht und wo Schatten ist. Der 9. Mai 2022 war so ein Tag. Während Wladimir Putin in Moskau eine Militärparade abnahm, um seine Macht zu demonstrieren, traten im Europaparlament in Straßburg europäische Bürger ans Mikrofon, um von ihrer Arbeit in der europäischen Zukunftskonferenz zu berichten. Während die Stiefel Tausender russischer Soldaten auf das Pflaster des Roten Platzes knallten, tanzten im Europaparlament junge Menschen [...] Man kann das, was sich da in Straßburg abspielte, kitschig finden, doch Leidenschaft, Gefühl und Pathos sind in Zeiten des Krieges lebenswichtig."

(Ulrich Ladurner, ZEIT, 11.05.2022)

Jetzt ist ein Krieg ganz nah an uns herangerückt und es brechen die Gefühle aus: Viele fühlen den Schmerz und das Leid der Menschen in der Ukraine sehr stark mit. Viele haben Angst, weil in der Ukraine auch unsere Werte angegriffen werden. Viele andere haben aber auch Angst, weil die Situation unkontrollierbar erscheint und Kontrollverlust in einer Welt mit Atomwaffen nur schwer zu ertragen ist. All diese Gefühle sind da und wir müssen ihre Vielfalt zunächst einmal anerkennen. Doch gleichzeitig dürfen wir uns von Ängsten nicht lähmen lassen. Denn es ist unabdingbar, dass wir endlich ins Handeln kommen. Die Kriege und Krisen dieser Zeit türmen sich immer höher vor uns auf. Zauderndes Abwarten, wie ein Kind die Augen verschließen, ein weiteres Wegducken werden immer mehr zu einer gigantischen, lebensverachtenden Unterlassung von Hilfeleistung. Wir müssen jetzt ins Handeln kommen und dabei können uns die Leidenschaft, die Gefühle und auch ein bisschen das Pathos dieses Moments helfen!

Denn was wäre, wenn wir die Leidenschaft, die wir gerade wieder darauf verschwenden, uns gegenseitig zu attackieren, darauf verwenden, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen? Warum halten wir uns bei dem auf, was uns trennt, anstatt unsere gesamte Energie darauf zu verwenden, gemeinsam etwas aufzubauen, basierend auf den Werten, die wir teilen?

Wir sollten nicht über andere richten, Ratschläge erteilen und für andere entscheiden. Wir sollten das verantworten was in UNSEREM gemeinsamen Einflussbereich liegt, und was das ist, liegt glasklar auf der Hand: Wir müssen uns verdammt noch mal jetzt um unsere Demokratien kümmern!

Denn warum stecken wir in all diesen Schlammasseln fest, in denen es nur noch ein Gegeneinander zu geben scheint? Weil unsere demokratischen Strukturen nicht dazu in der Lage sind, unseren Common Ground, unsere Sphäre der Gemeinsamkeit, unseren Weg nach vorn auszuloten. Das Echolot der Demokratie ist kaputt, unser Kompass zerbrochen und die Lobbyisten der Profite und rechten Kräfte nutzen jede Chance, um unser Schiff zu kapern. Es ist jetzt unser aller Verantwortung, dieses Schiff seetüchtig zu machen und das Steuer fest in die Hand zu nehmen. Und wir haben diese Chance, denn gerade ist so gut wie alles in Bewegung: Lasst uns überkommene Gewissheiten, fehlgeleitete Glaubenssätze und bröckelnde Strukturen über Bord werfen – ahoi Zukunft!

Ja, die Leidenschaft und das Rückbesinnen auf unsere teuersten Werte können uns dabei helfen, den Mut zu finden, endlich ins Tun zu kommen. Und wir brauchen das jetzt, weil wir uns tatsächlich in einem historischen Moment der Entwicklung Europas befinden.

Wie also ist die momentane Lage?

So offen und möglichkeitsschwanger wie lange nicht mehr! Alles hat begonnen mit einer Übung in direkter Bürgerbeteili-

gung, die viele zunächst belächelt haben. Bei einer auf zwei Jahre angesetzten Konferenz zur Zukunft der EU sollten zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger darüber beraten, wie die EU sich entwickeln soll. Neben den Zufallsbürger-Panels gab es noch eine multilinguale digitale Beteiligungsplattform und unzählige dezentrale, offene Veranstaltungen. Aus zwei Jahren wurde dann wegen Corona eines und die Bürgerpanels mussten teilweise ins Digitale ausweichen. Doch die Ergebnisse sind wegweisend! Trotz hohen Zeitdrucks und extremer Themenkomplexität, trotz Mängeln bei der Umsetzung und Unklarheit über den Prozess der Zusammenarbeit zwischen den Akteurinnen und Akteuren hat die Übung funktioniert. Die Ergebnisse ergeben ein klares Bild davon, was die Menschen sich wünschen:

- eine EU, die mehr gestaltet (vor allem im Sozial-, Gesundheits- und Energiesektor),
- eine EU, die handlungsfähiger ist (Einstimmigkeitsprinzip abschaffen, das Recht, Schulden aufzunehmen, um investieren zu können) und
- eine EU, die mehr beteiligt (zum Beispiel durch permanente Bürgerräte, Bürgerdialoge, Bürgerinitiativen und Referenden) und eine EU, die transparenter ist.

Insgesamt sind 49 Empfehlungen mit über 300 Einzelmaßnahmen erarbeitet worden.

Diese überraschende Klarheit der vorwärts weisenden Bürgerziele traf dann auf das Momentum des 24.02.2022. Dem Tag, an dem wir in einem anderen Europa aufgewacht sind und seitdem von einem Krieg dazu gezwungen werden, uns neu zu positionieren. Es ist das unwahrscheinliche Zusammentreffen dieser zwei Entwicklungen, das gerade einen völlig neuen Möglichkeitsraum aufmacht. Und verschiedene Kräfte machen sich daran, ihn zu füllen.

Das EU-Parlament hat noch vor dem Ende der Konferenz parteiübergreifend einen Antrag für einen Europäischen Konvent nach Art. 48 verabschiedet. Ein Konvent besteht (nach bisherigem Recht) aus einer Versammlung von Abgesandten der nationalen Parlamente, der Regierungen, des EU-Parlaments und der Kommission und hat die Aufgabe, Reformvorschläge für die als Verfassung genutzten EU-Verträge auszuarbeiten. Auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Emmanuel Macron als amtierender Ratspräsident haben am 09.05.2022 bereits ihre Unterstützung deutlich gemacht. Noch im Juni will Macron auf dem nächsten EU-Gipfel die anderen Regierungschefinnen und -chefs überzeugen, einem Konvent zuzustimmen.

Es ist aktuell eine unglaubliche Dynamik zu spüren, die auch uns Grund zur Freude gibt. Denn vor ein paar Monaten war es noch undenkbar, dass die Chance auf EU-Reformen so schnell in greifbare Nähe rückt. Und wir von Mehr Demokratie sind der festen Überzeugung, dass wir tiefgreifende Reformen brauchen, um die EU zu einer Demokratie ganz neuer Art zu machen. Dafür müssen wir die bestehenden Entscheidungsstrukturen und Institutionen von Grund auf überdenken und sie neu ausrichten, an folgenden Werten:

- der Dezentralität (nach dem skandinavischen Modell starker Kommunen und Regionen),
- der Gemeinsamkeit (eine Kommission nach dem Schweizer Modell der Konsensregierung),
- der Ermöglichung einer europäischen Gemeinwohlperspektive (anstatt des Rates der nationalen Regierungen ein Senat direkt gewählter Landes-Gesandter) und
- der Transparenz und Bürgermitsprache (starke Europäische Bürgerinitiative, Referenden, Bürgerräte u. v. a. m.).

Wir brauchen einen europäischen Konvent, der die Legitimation hat, über diese Fragen zu sprechen. Doch es ist auch klar, dass wir mit diesen innovativen Ideen keine Chancen haben, wenn der Konvent in den elitären europäischen Kreisen verbleibt.

Diejenigen, die jetzt an den Schaltern der Macht sitzen, werden sich kaum zu großen Sprüngen bewegen lassen, wenn beim Konvent die Kraft der Bürgerinnen und Bürger und der organisierten Zivilgesellschaften außen vor bleibt. Und deswegen müssen wir einen Konvent einfordern, der vom Agendasetting (worüber wird geredet?) über die Ausarbeitung (welche Lösungen diskutieren wir?) bis hin zur Verabschiedung (wer hat das Recht, zu entscheiden?) uns, die Bürgerinnen und Bürger Europas, beteiligt. Ein Aufruf, ein Bündnis und weitere Aktionen dazu bereiten wir gerade vor.

Die Beteiligung ist an diesem Punkt ein zweifacher Schlüssel. Denn das Allererste, was wir brauchen, um die Demokratie in Europa zu stärken, sind das Interesse, die Aufmerksamkeit und die Leidenschaft der Menschen. Und die bekommen wir nur, wenn wir ihnen maßgebliche Mitspracherechte geben! Wir brauchen die Beteiligung aber auch, weil nur sie garantiert, dass eine in Zukunft mächtigere EU durch genug Beteiligungstrukturen ausgeglichen wird. Geschieht das nicht, geben wir die EU einer unsichtbaren Welle des Lobbyismus preis. Die Politik muss endlich verstehen, dass sie uns jetzt und vor allem für die Zukunft als Verbündete braucht: Nur in Zusammenarbeit mit einer starken europäischen Zivilgesellschaft wird Europa die Kraft haben, einen Kurs des Gemeinwohls durchzusetzen, der tief in unsere Wirtschafts- und damit in die aktuellen Profitstrukturen eingreifen muss.

Ob wir – als europäische Schicksalsgemeinschaft – es schaffen, einen europäischen Konvent mit Bürgerbeteiligung zu organisieren, wird in entscheidendem Maße beeinflussen, wie und wohin Europa sich entwickeln kann. Es wird darüber entscheiden, ob wir mit unserer demokratischen Strahlkraft den Schatten und Bedrohungen dieser tief gespaltenen Welt etwas Handfestes, Gelebtes entgegenzusetzen haben. Und ob wir es schaffen, die für unser Zusammenleben existenziellen Werte zu schützen, vor der Macht des Geldes und der Brutalität der Autokratie. /

Sarah Händel
Mitglied des Bundesvorstands und Bereichsleiterin Europa.

Foto: kamisoka/istockphoto

Die Chance nutzen!

Überlegungen für eine EU-Verfassung von Karl-Martin Hentschel

Es gibt Momente in der Geschichte, da öffnet sich ein Möglichkeitsfenster – 1990 sprach man vom „Wind of Change". Heute gibt es erneut ein solches Fenster: 19 Jahre nach dem ersten europäischen Konvent steht das Projekt einer Verfassung für eine neue EU erneut auf der Tagesordnung – die ersten Weichen sind bereits gestellt:

- Am 09.05.2022 endete die einjährige Konferenz zur Zukunft Europas. In den Empfehlungen der Konferenz stehen ein Verfassungskonvent für die EU, zahlreiche Vorschläge für eine Neugestaltung der EU als föderale Republik und viele weitere Reformen.
- Auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird ein EU-Verfassungskonvent gefordert, der zu einem „föderalen dezentral organisierten Bundesstaat" führen soll.
- Der alte und neue französische Präsident Macron hat sich für einen Verfassungskonvent offen erklärt, ebenso die Kommissionspräsidentin von der Leyen.
- Das EU-Parlament kann einen solchen Konvent anstoßen. Dafür gibt es mittlerweile eine große Mehrheit. Wie immer kommt es nun auf den Rat an.

Und auch dort gibt es Bewegung: Die alte Weisheit „in der Krise wächst das Neue" scheint sich erneut zu bewahrheiten. Jetzt hat der Krieg in der Ukraine vielen Menschen, gerade auch in den östlichen EU-Staaten, deutlich gemacht, dass wir eine demokratische, handlungsfähige EU brauchen. Es geht nun nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie und das Was.

Als vor sechs Jahren die Bundesmitgliederversammlung von Mehr Demokratie das Positionspapier des Arbeitskreises (AK) Europa mit dem Titel „Europa neu denken und gestalten" verabschiedete, schien das nur eine abstrakte Positionierung zu sein. Aber heute stehen genau diese Fragen auf der Tagesordnung! Der AK Europa begleitet jetzt den Reformprozess und die Bundesmitgliederversammlung von Mehr Demokratie hat im Mai mehrere Beschlüsse für eine Konvents-Kampagne gefasst.

Worum geht es also? Was ist die Position von Mehr Demokratie?

Der Verfassungskonvent

Zum einen geht es um die Durchführung des Konvents. Schon dabei werden Weichen gestellt. Beim ersten Versuch 2003 scheiterte das Vorhaben, weil in Frankreich und den Niederlanden die Wählerinnen und Wähler die Chance nutzten, ihren nationalen Regierungen einen Denkzettel zu verpassen. Damit das Projekt diesmal erfolgreich wird und es gelingt, endlich das Vetorecht aller nationalen Regierungen im Europäischen Rat abzuschaffen, sollte der Konvent mit genügend Autorität ausgestattet werden. Und es muss allen Bürgerinnen und Bürgern klar sein, dass es um die Zukunft Europas geht! Deshalb schlägt Mehr Demokratie vor:

1. Der Konvent sollte direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählt werden.
2. Er sollte unter starker Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden.
3. Über die vom Konvent erarbeitete Verfassung sollte in allen Staaten der EU abgestimmt werden.

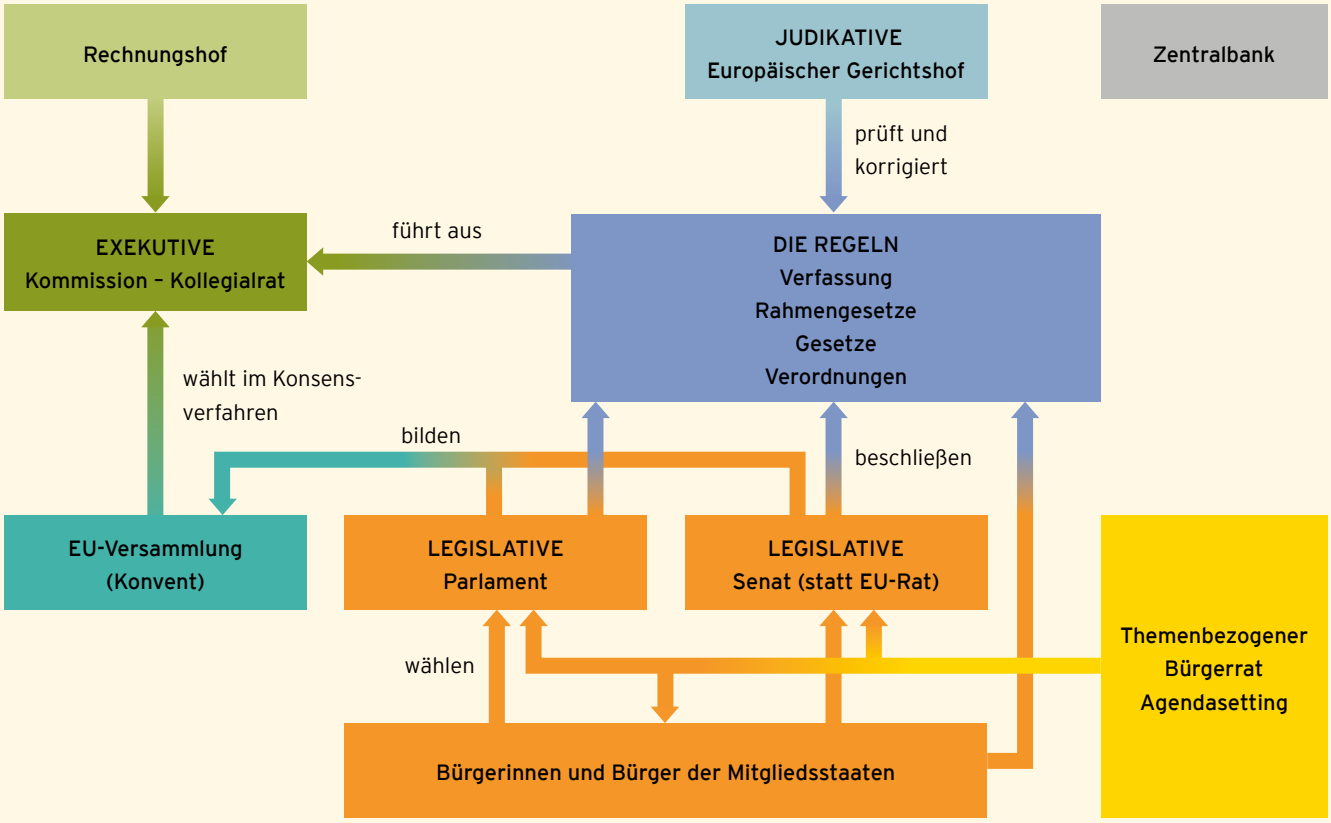
Zum Abstimmungsmodus schlägt Mehr Demokratie vor, dass die Verfassung als angenommen gilt, wenn in einer europaweiten Volksabstimmung eine doppelte Mehrheit dafür stimmt. Das würde bedeuten, neben einer europaweiten Mehrheit der Abstimmenden muss auch in mindestens zwei Dritteln der EU-Staaten eine Mehrheit dafür stimmen. Wird dies erreicht, tritt die Verfassung zunächst in den Ländern in Kraft, die mit Mehrheit dafür gestimmt haben. Die anderen Staaten könnten in einer neuen Volksabstimmung entscheiden, ob sie der nun neu gegründeten EU doch noch beitreten oder andere vertragliche Beziehungen aufnehmen wollen. Heute spricht aber alles dafür, dass die große Mehrheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger eine handlungsfähige EU befürwortet. Gerade auch nach dem Brexit und dem Ukrainekrieg wird vermutlich kein Volk mehr gegen eine Neugründung der EU stimmen.

Die Verfassung

Und was sollte in der Verfassung stehen? Zu vielen Fragen herrschte bei den Beratungen bei der Konferenz für die Zu-

Vorschlag für ein Organigramm der EU

(vereinfacht nach K.-M. Hentschel, Demokratie für morgen)



kunft Europas ein Konsens: Natürlich wird ein handlungsfähiges Parlament mit allen Rechten benötigt, die üblicherweise ein Parlament besitzt. Natürlich sollte kein Zentralstaat wie Frankreich entstehen. Denn das Projekt wird nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, eine dezentral organisierte föderale, aber trotzdem in wichtigen Fragen handlungsfähige Vielvölkerdemokratie zu gestalten. Kalypso Nicolaïdis, die Direktorin des Zentrums für internationale Studien an der Universität Oxford hat dafür den Begriff „Demoikratie" geprägt. Demoi ist der Plural von demos (griechisch: Volk).

Verfassungsziele

Wir brauchen also ein Gebilde neuen Typus: Dazu wäre es nach Auffassung des AK Europa gut, wenn die Verfassung auch konkrete Zielvorstellungen für die großen Politikbereiche enthielte: für die Außenpolitik, die Sozialpolitik, die Steuerpolitik, die Umweltpolitik usw. Solche Verfassungsziele würden einen Werterahmen für alle Ebenen von den Kommunen bis zur EU-Ebene schaffen – können aber so dezentral wie möglich umgesetzt werden. Außerdem müssen die verschiedenen Verfassungsziele miteinander in Einklang gebracht werden. So sollte zum Beispiel die wirtschaftsliberale Wettbewerbspolitik künftig in einen gemeinwohlorientierten sozialen und ökologischen Rahmen eingebunden werden.

Senat der EU

Ganz wichtig wird es sein, die Regierungslastigkeit der europäischen Demokratie zu beenden. Deshalb schlägt Mehr Demokratie vor, den bisherigen EU-Rat durch einen direkt gewählten Senat zu ersetzen. Aus den Mitgliedsländern könnten je nach Größe jeweils vier bis zwölf Senatorinnen und Senatoren gewählt werden, sodass der Senat auch eine politische Pluralität abbildet (australisches Modell). Im heutigen Rat dominieren zu sehr die Interessen der nationalen Regierungen, die sich gegenüber der jeweiligen Opposition in ihrem Land profilieren müssen. Ein direkt gewählter Senat würde hingegen nicht nur die Regierungsmehrheiten repräsentieren und könnte daher besser die Sichtweise der Regionen und Staaten mit einer europäischen Sichtweise verbinden.

Natürlich wäre es auch denkbar, dass zu bestimmten Themen nur ein Teil der Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Politik vereinbart. Dann würden über diese Themen im EU-Parlament auch nur die Abgeordneten dieser Staaten abstimmen. ▸

Die Kommission als Konsensregierung

Ganz wichtig erscheint uns auch Folgendes: Einen grundlegenden Fehler sollten wir nicht wiederholen. Wir sollten keine Direktwahl des Kommissionspräsidenten einführen. Die USA, Russland oder Frankreich sind warnende Beispiele dafür, dass dies zur Personalisierung politischer Debatten und zur Spaltung der Bevölkerung beiträgt. Es darf nicht passieren, dass in der EU eine Polarisierung zwischen Nord und Süd oder zwischen Ost und West entsteht. Ebenso kritisch sehen wir auch das oft diskutierte Verfahren, wonach der Spitzenkandidat oder die Spitzenkandidatin der stärksten Fraktion die Kommission leitet. Und auch eine klassische Mehrheitsregierung würde die öffentliche Meinung in Europa eher polarisieren.

Viel besser wäre stattdessen eine Konsensregierung – ich habe das Kollegialrat genannt. Das ist ein Regierungsmodell, das sich am Schweizer Konkordanzsystem orientiert. Dabei sind alle großen Parteien in der Regierung vertreten. Dazu könnten das Parlament und der Senat in gemeinsamer Sitzung die Mitglieder der Kommission mit qualifizierter Mehrheit (zum Beispiel Zweidrittelmehrheit) wählen oder die Besetzung erfolgt aufgrund eines Vorschlagsrechts der Fraktionen ähnlich wie heute im Parlament die Ausschüsse besetzt werden. So wurde zum Beispiel bis vor 20 Jahren in den meisten norddeutschen Städten der Magistrat gewählt. Die Zahl der Kommissionsmitglieder sollte dann auch von der Zahl der Ministerien abhängen und nicht mehr von der Zahl der Mitgliedsländer.

Dieses Regierungssystem verlagert die politischen Auseinandersetzungen ins Parlament, wo sie auch hingehören. Die Regierung fungiert überparteilich – ähnlich wie heute das Bundesverfassungsgericht, das heute in Deutschland das Gremium mit der höchsten Akzeptanz ist. Ebenso hoch ist das Vertrauen in der Schweiz in die Regierung. Dadurch wird eine Spaltung der Bevölkerung vermieden. Für einen Vielvölkerstaat wie die EU, die erst noch zusammenwachsen muss, erscheint das sehr sinnvoll. Damit wird die Gefahr vermieden, dass ganze Regionen wie die östlichen EU-Länder oder Südeuropa oder im umgekehrten Fall Deutschland oder die Skandinavierinnen und Skandinavier sich je nach politischen Mehrheiten ausgegrenzt fühlen und gegen die Regierung Opposition machen.

Buch „Demokratie für morgen – mit einem konkreten Entwurf für ein gerechtes Europa" (UVK-Verlag 2019, auch im Online-Shop von Mehr Demokratie erhältlich).

Direkte Demokratie in Europa

Und last not least sollte auch die direkte Bürgerbeteiligung ausgebaut werden. Das bisher einzige Instrument, um zwischen den Wahlen ein Thema von unten auf die europäische Agenda zu setzen, ist die Europäische Bürgerinitiative (EBI) – die in den letzten Jahren erstaunlich konstruktiv und häufig genutzt wurde. Es liegt daher nahe, die EBI zu einem vollständigen direktdemokratischen Verfahren weiterzuentwickeln. Oder man beginnt mit dem Recht, zu konkreten Themen durch Volksentscheid einen verfassungsgebenden Konvent einzuberufen, wie es in der Urverfassung der Schweiz enthalten war. Denn wir sind davon überzeugt, dass der Erfolg der EU nicht unwesentlich davon abhängen wird, ob es gelingt, die Bürgerinnen und Bürger an der Demokratie auf allen Ebenen mehr als bisher zu beteiligen. Damit das gelingt, sollten geloste Bürgerräte auch auf EU-Ebene institutionalisiert werden. So könnten zum Beispiel wichtige Entscheidungen in der EU – insbesondere Volksentscheide, durch geloste Räte in den Mitgliedsstaaten vorbereitet werden und auch zu einer größeren medialen Aufmerksamkeit beitragen, wenn ein Bürgerrat darüber abstimmt, was er seinen nationalen Vertreterinnen und Vertretern im Parlament und im Senat empfiehlt. /

MD Positionspapier
www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Positionen11_Europa-neu-denken-und-gestalten.pdf

Artikel zum Verfassungskonvent: Für einen europäischen Bürgerkonvent
www.transforming-europe.eu/de/artikel/fuer-einen-europaeischen-buergerkonvent

Karl-Martin Hentschel
ist Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie. Er vertritt den Vorstand seit ca. acht Jahren im AK Europa.

Michael Efler und Mitstreiterinnen und Mitstreiter während der Kampagne für den Stopp von TTIP und CETA.

Foto: Alexander Garrido Delgado

Zehn Jahre europäische Bürgerinitiative – ein Blick nach vorn

Ein Gespräch mit dem Initiator Michael Efler – von Ina Kuhl

Vor zehn Jahren, am 01.04.2012, wurde die europäische Bürgerinitiative (EBI) eingeführt. Seitdem können Bürgerinnen und Bürger mit der direkten Demokratie die Politik in Europa mitgestalten. Die EBI geht auf eine Initiative von Mehr Demokratie, Democracy International und anderen Organisationen zurück. Michael Efler war zu der Zeit Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie und maßgeblich daran beteiligt.

MD: Wie kam es eigentlich zu der Idee einer europäischen Bürgerinitiative?

Michael Efler: Mehr Demokratie war schon ungefähr seit Ende der 90er-Jahre aktiv im Europabereich. Im Arbeitskreis Europa haben wir ein Konzept entwickelt, wie man direkte Demokratie auf europäischer Ebene installieren kann. Die Gelegenheit kam dann, als der sogenannte europäische Verfassungskonvent auf den Weg gebracht wurde. Wir haben uns damals gesagt, das ist eine einmalige Chance, und haben versucht, diesen Verfassungsvertrag mitzuprägen. Es ist uns tatsächlich auch gelungen, am Ende des Tages immerhin ein Initiativrecht zu verankern.

Was habt ihr denn unternommen, um auf die Einführung hinzuwirken?

Efler: Wir haben eine große europäische Kampagne gestartet, die eigent- ▸

lich zwei Ziele hatte: Zum einen wollten wir möglichst viele Volksentscheide in den EU-Mitgliedsstaaten über die europäische Verfassung durchsetzen. Das war die sogenannte European Referendum Campaign. Sie hat auch nachweislich dazu beigetragen, dass wir in mehreren Ländern Volksabstimmungen hatten, zum Beispiel in den Niederlanden. Zum anderen wollten wir auf den Inhalt des europäischen Vertrages Einfluss nehmen. Da haben wir uns vor allem auf direkte Demokratie konzentriert. Uns wurde aber schnell klar, dass das nicht durchsetzbar war. Wir sind dann darauf gestoßen, dass ein verankertes Initiativrecht für die Bürgerinnen und Bürger dieser erste Schritt sein kann. Im Wesentlichen war die Kampagne dann eine Lobby- bzw. Gesprächskampagne, die wir vor allem in Brüssel durchgeführt haben. Dort konnten wir bis vor die Beratungsräume gehen und haben da die Abgeordneten abgepasst und kurz mit ihnen gesprochen, Resolutionen erstellt, die man unterschreiben konnte, Anträge mit ausgearbeitet. Nach anderthalb Jahren und einigen Rückschlägen wurde unser Vorschlag noch als eine der letzten Änderungen tatsächlich in den Verfassungsvertrag aufgenommen. Das war natürlich für uns ein großer Tag und auch ein historisches Ereignis.

„Wir haben uns vor allem auf direkte Demokratie konzentriert. Uns wurde aber schnell klar, dass das nicht durchsetzbar war. Wir sind dann darauf gestoßen, dass ein verankertes Initiativrecht für die Bürgerinnen und Bürger dieser erste Schritt sein kann."

Wie läuft eine europäische Bürgerinitiative ab?

Efler: Die europäische Bürgerinitiative ist im Grunde ein Initiativrecht der Bevölkerung, das dazu führt, dass sich die Europäische Kommission mit einem Gesetzesvorschlag beschäftigen muss. Die EBI ist nicht zwingend in dem Sinne, dass ein Gesetzesvorschlag in den Institutionen dann auch eingebracht werden muss, und sie ist erst recht nicht dafür zwingend, dass er angenommen werden muss.

Es läuft so ab, dass sich die Initiative erst mal Gedanken machen muss: Was soll verändert werden an der europäischen Politik? Dann muss dazu ein entsprechender Vorschlag gemacht werden, wie das Ganze rechtlich aussehen kann. Dann müssen sieben Menschen aus sieben EU-Staaten gefunden werden, die das Organisationskomitee bilden. Sobald der Text der Initiative steht, muss er über ein Online-Tool an die Europäische Kommission geschickt werden. Die EU-Kommission hat dann die Aufgabe, zu prüfen, ob diese Initiative zulässig ist oder nicht. Ist die Registrierung erfolgreich, beginnt die Unterschriftensammlung. Dann müssen eine Million Unterschriften innerhalb von einem Jahr gesammelt werden. Wenn das geklappt

hat, muss sich die Europäische Kommission damit beschäftigen. Sie muss eine Anhörung der Initiative vornehmen und eine sogenannte Kommunikation erlassen, in der drinsteht, was die Kommission unternehmen wird bzw. ob sie überhaupt aktiv wird. Im Idealfall kommt es dazu, dass die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag einbringt, über den dann Rat und Parlament beraten.

Gibt es Beispiele, wo eine EBI so richtig viel bewirkt hat?

Efler: Es sind jetzt circa 80 europäische Bürgerinitiativen in den zehn Jahren an den Start gegangen. Davon sind bisher nur acht über die Hürde von einer Million Unterschriften gekommen. Von diesen acht sind einige wohlwollend von der Europäischen Kommission aufgenommen worden. Das gilt insbesondere für zwei Initiativen: Zum einen für die Initiative „Wasser ist ein Menschenrecht", da ging es um den Zugang zu Trinkwasser und Wasser als ein Recht der Daseinsvorsorge. Die Initiative hat viele Jahre in Anspruch genommen, aber dann wirklich zu rechtlichen Veränderungen geführt und den Charakter von Wasser als Daseinsvorsorge und nicht als privates Gut gestärkt. Dann gibt es noch ein sehr junges Beispiel: eine Initiative, die auf ein Ende der Käfighaltung von Tieren in der Europäischen Union abzielt. Hier hat die Kommission gesagt, dass sie der Initiative voll und ganz entsprechen will und alle Kernforderungen übernimmt. Das gab es vorher noch nicht. Das wäre dann tatsächlich ein Durchbruch und ein riesiger Erfolg für die Initiative.

Alle anderen Initiativen haben entweder gar keine legislativen Effekte gehabt oder nur sehr randständige. Wenn man also nur auf die legislativen Effekte guckt, kann man zu Recht sehr enttäuscht sein. Aber es geht auch um die Vernetzung von europäischer Zivilgesellschaft. Es geht darum, europaweit Kampagnen auf die Beine zu stellen und mehr Menschen für europäische Politik und die Inanspruchnahme von demokratischen Rechten zu interessieren. Es sind eher diese sekundären Effekte, die stärker sind als der eigentliche legislative Effekt. Das ist schade, aber entspricht den Erfahrungen, die man mit unverbindlichen Volksinitiativen auch in den Bundesländern hat, wenn es eben nicht das Volksbegehren als Drohmittel gibt. Deshalb müssen wir da unbedingt den nächsten Schritt gehen.

Was wäre dein Wunsch für die nächsten Jahre? Wo siehst du das größte Verbesserungspotenzial?

Efler: Natürlich kann man sich einiges überlegen: dass man die Fristen noch ein bisschen verlängert, dass man eine Unterstützungsleistung bereitstellt, bis hin zur Kostenerstattung, oder das Onlineverfahren noch einfacher macht. Das wird aber nichts daran ändern, dass die europäische Bürgerinitiative nur eine begrenzte Durchschlagskraft hat, weil sie eben ein indirektes Initiativrecht ist. Deswegen darf man mit dieser Konstruktion nicht stehen bleiben. Es muss auch auf europäischer Ebene verbindliche, direktdemokratische Instrumente geben. Das heißt europaweite Volksentscheide und Referenden über Fragen der europäischen Gesetzgebung, vielleicht auch über Vertragsänderungen. Das können wir aber nicht von heute auf morgen durchsetzen. Dafür müssen die Verträge geändert werden. Dagegen gibt es viele Widerstände, auch weil durch den Brexit die Ängste gegenüber der direkten Demokratie größer geworden sind.

Es gäbe aber schon jetzt einen möglichen Zwischenschritt. Das wäre eine EBI, die zu einer sofortigen Befassung der Institutionen führt. Das würde bedeuten: Sobald eine Initiative eine Million Unterschriften erreicht, müssen das Europaparlament und der Rat darüber beraten. Das wäre ein deutlich stärkerer Schritt und die Bürgerinnen und Bürger hätten auf europäischer Ebene ihre direkten Ansprechpartner in Parlament und Rat, was auch viel besser passt. Die Kommission wäre bei dem Vorschlag nicht außen vor, sie würde als Dienstleisterin weiter den Prozess begleiten, statt als Filter, der entscheidet, ob etwas zu einem Rechtsakt wird. Das ist auf Dauer schädlich und muss überwunden werden, wenn es mal wieder die Chance gibt, die europäischen Verträge zu verändern. Und die gibt es beispielsweise jetzt, im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas. /

Michael Efler
Aktivist und ehemaliger Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie.

Zehn Jahre EBI
www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/bilanz

Themenwebseite
www.mehr-demokratie.de/eu-buergerinitiative

Artikel von Michael Efler
www.democracy-international.org/rollercoaster-ride-toward-eci

Links zu EBI
europa.eu/citizens-initiative/find-initiative_en

Foto: Alexander Garrido Delgado

Konferenz zur Zukunft der EU: Beteiligung wirkt!

Sarah Händel stellt die Ergebnisse vor

Die zuletzt immer schneller anwachsende „Welle der Deliberation" hatte im Mai 2021 auch die EU erreicht. Weil Deliberation ja erst mal „nur" reden bedeutet, hatten die EU-Institutionen zugestimmt, für eine Zukunftskonferenz 800 Menschen aus ganz Europa anhand möglichst diverser Kriterien auszulosen. In vier Themenbereiche aufgeteilt haben sie mithilfe fachlicher Expertise an drei Wochenenden jeweils drei Tage lang Ideen zur Weiterentwicklung der EU ausgearbeitet. Ergänzt wurde das Beteiligungsangebot durch eine Digitalplattform und weitere Veranstaltungen in den Mitgliedsländern.

Bei der Umsetzung der vier Bürgerpanels haperte es noch an vielen Ecken und Enden: zu wenig Zeit, zu viele Themen, Einseitigkeit bei der Expertenauswahl und unzureichende Repräsentation von Minderheiten. Und auch beim anschließenden Nachschärfen der Bürgerideen in neun Arbeitsgruppen mit EU-Abgeordneten hat es ordentlich gerumpelt. Am Ende stand zu befürchten, dass im Konferenz-Plenum die Bremser-Staaten einige der heißen Vorschläge kippen würden. Doch es folgte die Überraschung: Die 49 Vorschläge mit über 250 Unterpunkten, wurden von den Vertreterinnen und Vertretern aller EU-Institutionen unverändert gebilligt. Und sie weisen in eine klare Richtung: vorwärts!

Viele der Vorschläge, vor allem in den Bereichen „Klimawandel und Umwelt", „Digitalisierung", „Migration" und „Kultur und Bildung", lassen sich prinzipiell innerhalb der geltenden EU-Verträge umsetzen. Andere Vorschläge erfordern hingegen Vertragsänderungen. Die folgenreichsten Vorschläge und eine Auswahl der Ideen für eine bürgernahe EU sind:

EU-Institutionen, Entscheidungs- und Kompetenzstrukturen

- Initiativrecht und Budgetrecht für das Europaparlament
- Stärkeres Untersuchungsrecht des Europaparlaments
- Qualifizierte Mehrheit anstelle von Einstimmigkeit in Außen-, Sozial-, Steuer-, Haushaltspolitik und weiteren Bereichen
- Abschaffung der Einstimmigkeit bei Rechtsstaatssanktionen, um den Schutz der europäischen Werte zu sichern und Brüche des Rechtsstaatsprinzips angemessen zu bestrafen
- Steuerkooperation erleichtern durch eine qualifizierte Mehrheit statt Einstimmigkeit, um Steuerhinterziehung und Steueroasen wirksamer zu bekämpfen
- Ausweitung der EU-Kompetenz für Sozialpolitik, um auf ein Minimum an gleichen sozialen Rechten in allen EU-Staaten hinzuarbeiten

- Soziales Fortschrittsprotokoll in den Verträgen, um sicherzustellen, dass soziale Rechte Vorzug erhalten, wenn sie in Konflikt mit ökonomischen Freiheiten geraten
- Europäische Mindestlöhne, um angemessene Gehälter zu ermöglichen und klare Kriterien dafür in allen Mitgliedsländern zu etablieren, die regelmäßig evaluiert werden, außerdem kollektive Verhandlungskraft (Gewerkschaften) stärken
- Gesundheit als geteilte Kompetenz und europäische Mindeststandards für Gesundheitsfürsorge
- Universelle Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta (auch auf nationales Handeln)
- Ein EU-Bürgerrechts-Statut, das Rechte und Freiheiten auch grenzübergreifend garantiert, sowie eine bessere Rechtsgrundlage für ein europäisches NGO-Statut und Gemeinnützigkeitsrecht
- Neue europäische Grundrechte, zum Beispiel für Familien, Ehe für alle, Adoption und Mindestrenten
- Mehr eigene EU-Ressourcen für umfassende europäische Investitionen, um ausreichend in Zukunftsbereiche wie Nachhaltigkeit und digitale Transformation zu investieren und sich angemessen an den neuen geopolitischen Kontext (Ukrainekrieg) anpassen zu können; es sollte auch verstärkt die gemeinsame Schuldenaufnahme erwogen werden

Bürgerbeteiligung, Bürgermitspache und Transparenz

- Mehr Transparenz bei Entscheidungsprozessen und in den Institutionen, indem unabhängige Bürger-Beobachterinnen und -Beobachter die Prozesse eng mitverfolgen können, Dokumente einsehbar werden und ein breiter Online- und Offline-Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und EU-Institutionen angeregt wird.
- Einen rechtlich verbindlichen Rahmen für periodisch stattfindende, geloste Bürgerräte etablieren.
- Wirksamkeit bestehender Beteiligungsverfahren verbessern und neue Verfahren entwickeln, alle Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten auf einer digitalen Plattform zusammenfassen, die auch Ideeneinbringung, Kommentierung von Gesetzesvorschlägen und Online-Abstimmungen ermöglichen soll
- Strukturelle und finanzielle Unterstützung, um Teilhabe der Zivilgesellschaften zu stärken, mit speziellem Fokus auf Jugendliche, ergänzend einen Jugend-Check für Gesetze einführen
- Einführung transnationaler Listen, um einen Teil der EU-Abgeordneten durch EU-weite Parteilisten mit Kandidatinnen und Kandidaten aus verschiedenen Mitgliedsländern wählen zu lassen, außerdem: Angleichung der Wahlbedingungen, inklusive aktives und passives Wahlrecht ab 16 Jahren
- Einführung eines EU-weiten Referendums für außergewöhnliche Fälle auf Vorschlag des Europaparlaments

Und zu guter Letzt gibt es noch diese Forderung:

- Wiedereröffnung der Diskussion über eine Europäische Verfassung, um uns besser an unseren Werten auszurichten; eine Verfassung kann helfen, […] Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen und sich auf Regeln der Entscheidungsfindung zu einigen

Viele dieser Vorschläge erfordern einen Vertrags-Veränderungs-Konvent nach Art. 48. Doch die Herausforderung ist noch größer. Denn viele wichtige Themen haben auf der Konferenz zwar eine Rolle gespielt, entscheidende Strukturfragen jedoch blieben oft außen vor. Dazu gehören vor allem, das Machtübergewicht der nationalen Regierungen, wodurch nationale Perspektiven oft eine gemeinsame europäische Sicht überschatten. Aber auch die undemokratische Verschmelzung von Legislative und Exekutive im Rat oder die Diskussion umfassender Beteiligungsstrukturen, die über Deliberation hinausreichen. Sollen auch diese Themen auf den Tisch, braucht es einen erneuten Anlauf für eine vollumfängliche EU-Verfassung, wie auch von den Bürgerinnen und Bürgern gefordert. Und tatsächlich hat die Konferenz zur Zukunft der EU – für viele überraschend – eine Dynamik ausgelöst. Die Tür zu Vertragsänderungen hat sich einen Spaltbreit geöffnet und auf dem EU-Gipfel am 23./24.06.2022 wird sich zeigen, ob eine Mehrheit der europäischen Regierungen bereit ist, sie ganz aufzustoßen. Dann wird der große Machtkampf um die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips beginnen. Und die große Herausforderung wird sein, diese davon abhängig zu machen, ob die EU gleichzeitig auch dezentralisiert und demokratisiert wird. /

Sarah Händel
Mitglied des Bundesvorstands und Bereichsleiterin Europa.

Illustration: freepik.com

Politik der Unwahrscheinlichkeiten

Ein Plädoyer für ein Europa der Beteiligung von Anselm Renn

Nehmen Sie sich kurz einen Moment Zeit und fragen Sie sich: Was wäre passiert, wenn Sie sich eines Morgens entschlossen hätten, nicht aufzustehen? Oder, viel entscheidender: Was wäre passiert, wenn Sie Ihre Partnerin oder Ihren Partner niemals getroffen hätten? Wäre Ihr Leben dasselbe? Oder wäre alles ein wenig oder vielleicht ganz anders? In der Politikwissenschaft nennt man diese „Was wäre wenn"-Perspektive die Perspektive der „Pfadabhängigkeiten". Sie soll den Blick dafür schärfen, dass Ereignisse wie Pfade aufeinander aufbauen, dass sie sich immer aufeinander beziehen. Ereignisse eröffnen Optionen und schließen gleichzeitig andere Möglichkeitsfenster.

Und jetzt frage ich Sie: Was wäre passiert, wenn das eingetreten wäre, womit die Welt kurz nach dem Angriff Putins auf die Ukraine gerechnet hat? Wenn Russland mit seinen insgesamt 12.420 Panzern die Ukraine im Februar überrollt hätte: In welcher Welt würden wir heute leben?

Definitiv in einer ganz anderen! Es wäre eine Welt, in der ein faschistisch geführtes Russland eine Demokratie nicht nur angegriffen, sondern auch im Handumdrehen besiegt hätte. Es wäre eine Welt, in der der heiße Krieg in der Ukraine zu einem schnellen Ende gefunden hätte und in der nun wohl Eingliederungsmaßnahmen in das zentralistische Russland in vollem Gange wären. Vielleicht wären wir Zeuginnen und Zeugen geworden, wie eine prorussische Pseudoregierung von Putins Gnaden eingesetzt worden

wäre. Auch nach einem nominellen Ende des Krieges wären viele Menschen eingesperrt, gefoltert und getötet und zudem tief in ihrer Würde verletzt worden. Aus der Ukraine würden weiterhin massenhaft Menschen fliehen, diesmal nicht aus Angst vor dem direkten Krieg, sondern aus Furcht vor dem russischen Regime. Und: Europa wäre nicht so zusammengerückt, wie es kaum jemand zuvor für möglich gehalten hätte.

Zum Glück werden wir es nie erfahren – denn so ziemlich allen Militärexpertinnen und -experten zum Trotz wurde es Frühling und die Ukraine wurde nicht besiegt! Kiew wurde nicht eingenommen. Selenskyj wurde nicht zum Märtyrer, sondern empfängt hochrangige Staatsgäste, die der Ukraine Unterstützung zusichern.

Diesen – aus den Augen der Vergangenheit betrachtet – unwahrscheinlichen Pfad hat die Geschichte aus verschiedenen Gründen genommen, die hier nicht alle einzeln genannt werden können. Neben den strategischen Fehleinschätzungen auf russischer Seite war aber sicher ausschlaggebend, dass sich die Ukraine dazu entschlossen hat, auch unter extremem Druck ihren Werten (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Dezentralität) treu zu bleiben und diese auch noch mit ungeahnter Kraft zu verteidigen.

So weit, so bekannt – aber was machen wir nun auf diesem Pfad? Welche Möglichkeiten gibt uns diese unwahrscheinliche, aber eingetretene Gegenwart? Sie verschafft uns erst mal eine kurze Atempause. Es ist ein Moment der Reflexion, der Einordnung, den uns allen der ukrainische Mut zur Verteidigung der Demokratie und der Würde geschenkt hat.

Thomas Mann tourte am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, im Frühjahr 1938, mit seinem Vortrag „Vom zukünftigen Sieg der Demokratie" durch fünfzehn US-amerikanische Städte, um einen möglichen Weg der Demokratie gegen die sich in Europa auftürmende faschistische Bedrohung aufzuzeigen: Nicht nur sprach er damals schon von der „grenzenlosen Erneuerungsfähigkeit der Demokratie", die ihm trotz allem Hoffnung gebe. Es benötige, so Mann, nun im Angesicht der Bedrohung eine „tiefe und kraftvolle Besinnung der Demokratie auf sich selbst, die Erneuerung ihres geistigen und moralischen Selbstbewusstseins". Mann schreibt weiter: „Man muss höher greifen und aufs Ganze gehen. Man muss die Demokratie als diejenige Staats- und Gesellschaftsform bestimmen, die vor jeder anderen inspiriert ist von dem Gefühl und Bewusstsein der Würde des Menschen."

„Krieg ist nichts als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens."

Thomas Mann

Das heißt für uns, auch bei unserer Arbeit bei Mehr Demokratie, die Menschen in ihrer vollen Individualität und Verschiedenheit anzuerkennen, sich entwickeln zu lassen und diesen Prozess zu unterstützen und zu fördern. Genau diese kraftvolle Rückbesinnung der Demokratie (und der ihr innewohnenden Würde) auf sich und auf uns selbst braucht es, wenn Autokratien und Faschismus auf dem Vormarsch sind – denn nur zwischen uns als Individuen lebt die Demokratie. Das erfahren wir bei Mehr Demokatie auch immer wieder bei unserem Gesprächsformat „Sprechen und Zuhören" eindrücklich, das wir monatlich online anbieten.

Doch was heißt es im Jahr 2022, für unsere Demokratie „aufs Ganze zu gehen"?

Die Demokratie muss erstens, nach dieser bitteren Erfahrung, begreifen, dass sie mit einem „Pazifismus" genannten Passivismus, der meinte, den Krieg um keinen Preis zu wollen, den Krieg erst herbeigeführt und unterstützt hat, statt ihn zu bannen. Aus dieser Erkenntnis muss keine blinde Aufrüstung folgen. Es geht aber um die realistische Diskussion einer neuen europäischen Friedensordnung.

Zweitens braucht es eine kraftvolle Antwort auf die autokratischen Systeme auf der Welt. Und diese Antwort kann nur ein Europa der Partizipation sein. Europa muss zu jenem Teil der Welt werden, wo jede und jeder das Gemeinsame mitprägen darf, wo jede und jeder nicht nur Stimme, sondern auch Gestaltungsmacht hat. Nicht nur freier Marktzugang und eine freiheitliche demokratische Grundordnung, sondern Partizipation muss das Alleinstellungsmerkmal, das Aushängeschild, das Versprechen Europas werden.

Die Anfänge sind bereits gemacht, die Wahrscheinlichkeiten sind sozusagen gar nicht so unwahrscheinlich. Nach einer großen deliberativen Konferenz zur Zukunft Europas sind die Weichen gestellt. Emmanuel Macron und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen haben 49 Reformvorschläge von 800 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern für die EU entgegengenommen, die es in sich haben. Jetzt folgt ein EU-Konvent, der – wenn wir es wagen, aufs Ganze zu gehen – neue Spielregeln und eine neue bürgerzentrierte EU-Verfassung zur Folge hätte. Das Möglichkeitsfenster ist offen. Welchen Pfad schlagen wir ein? Das hängt von uns allen ab! /

Anselm Renn
Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeiter bei Mehr Demokratie.

Foto: Karine Zenda/Unsplash

Krieg in der Ukraine – braucht es eine institutionelle Neuordnung Europas?

Sechs Thesen und ein Ausblick von Stefan Padberg

Seit vielen Jahren befürwortet Mehr Demokratie ein Demokratie-Update für die EU und hat mit dem Positionspapier „Europa neu denken und gestalten" auch ein konkretes Leitbild vorgelegt. Der Angriff auf die Ukraine hat europaweit Prozesse in Gang gesetzt, deren Verlauf und Ergebnis nicht im entferntesten zu erkennen sind. Auch auf europäischer Ebene steht eine Zeitenwende auf der Tagesordnung. Die folgenden Thesen beleuchten die Problemstellung und machen einen Vorschlag dazu, wie sich Europa institutionell aufstellen könnte.

1

Mit der Gründung der Montanunion beschlossen Staaten, die gegeneinander blutige Kriege geführt hatten, diesen Pfad zu verlassen und stattdessen auf die Aushandlung von Interessenkonflikten und Zusammenarbeit zu setzen. Dabei war allen Beteiligten klar, dass sie auf Dialog und Kompromiss setzen mussten und zusammen mehr erhalten würden als jeder einzeln für sich. Hinter der Schaffung eines (westeuropäischen) gemeinsamen Marktes stand die Idee, dass wirtschaftliche Gegensätze der Hauptgrund für die europäischen Kriege im 20. Jahrhundert gewesen sind. Die wirtschaftliche Integration erfolgte in einem sorgsam ausgehandelten Prozess, in dem nationale Souveränität schrittweise an Institutionen auf europäischer Ebene abgegeben wurde.

2

Nach der deutschen Wiedervereinigung und der Auflösung der Sowjetunion stießen sehr viele osteuropäische Staaten zur EU, die gerade durch diesen Auflösungsprozess ihre nationale Souveränität erlangt hatten. Ihnen ging es nicht nur um wirtschaftliche Integration, sondern auch um Sicherheit vor russischer Aggression. Einer politischen Integration standen und stehen sie zurückhaltend gegenüber. In diese Richtung wirken auch die aktuellen Beitrittsgesuche der Ukraine, Moldawiens und Georgiens. Es trat eine neue Herausforderung für das Friedensprojekt EU auf: die Friedenssicherung nach außen, vor allem gegenüber Russland. Die EU wurde, ohne es zu merken, zu einem sicherheitsstrategischen Faktor in Europa.

3

Das institutionelle Gefüge der EU ist darauf nicht vorbereitet, denn die EU ist nach wie vor in erster Linie eine Wirtschaftsgemeinschaft und kein Verteidigungsbündnis. Die Enttäuschung ist jetzt schon vorprogrammiert, wenn diese Länder merken, dass sie im Laufe eines Beitrittsprozesses viele tausend Regeln und Verordnungen – den sog. Acquis communautaire – übernehmen und dadurch ihr Wirtschaften der hocheffizienten wirtschaftlichen Konkurrenz aus der Alt-EU aussetzen müssen, während sie in Sicherheitsfragen nur bedingt auf die EU setzen können.

4

In Sicherheitsfragen ist der große Gewinner gegenwärtig die NATO. Der Ausgleich mit Russland auf dem Verhandlungsweg scheint vorerst gescheitert zu sein. Gleichzeitig zeigt sich, dass Sicherheit in Europa nur möglich ist, wenn die USA ihren atomaren Schutzschirm aufrechterhalten. Frankreichs Vorschlag einer „strategischen Autonomie" als Alternative zu einer „hirntoten" (so Macron 2019) NATO ist in den Hintergrund getreten. Stattdessen agiert die NATO mit großer Umsicht und hoher Effektivität, sodass sie in Europa an Ansehen gewonnen hat. Wenn die Zeichen nicht täuschen, werden Schweden und Finnland bald ein Beitrittsgesuch stellen. Ein Beitritt dieser Staaten wird den Charakter der NATO als Verteidigungs-

bündnis demokratischer Staaten noch einmal verstärken. NATO und EU werden deckungsgleicher, sodass man versucht sein könnte, zu denken, dass Verteidigung demnächst nur noch über die NATO zu organisieren sein sollte.

5

Die NATO ist jedoch keine Lösung für alle sicherheitsrelevanten Fragen. Die EU sucht beispielsweise schon seit Längerem nach Wegen, wie der Schutz der Außengrenzen und der Umgang mit Flüchtlingen menschenrechtskonform gemeinschaftlich gelöst werden können. Außerdem bleibt die Frage unbeantwortet, was passieren würde, wenn bei den nächsten Präsidentenwahlen in den USA wieder jemand mit einem ähnlichen Programm wie Donald Trump gewählt würde. Wie kann die institutionelle Spannung zwischen der Notwendigkeit einer europäischen Antwort auf diese sicherheitsrelevanten Fragen und die Zuständigkeit von gegenwärtig 27, in Zukunft vielleicht 30 oder mehr Regierungen gelöst werden?

6

Die „horizontale" Integration von immer mehr Staaten wird zu einer „vertikalen" Unbeweglichkeit bei den Entscheidungsprozessen führen. Gleichzeitig dürfte die Stärkung der „vertikalen" Integration, wie sie sich gerade durch den Reformprozess in Zusammenhang mit der „Konferenz zur Zukunft Europas" andeutet, zu einem Souveränitätsverlust der kleineren Mitgliedsstaaten führen. Die Frage ist, ob die EU nicht mit unterschiedlichen Integrationstiefen gedacht werden müsste:

a) Werte- und Sicherheitsgemeinschaft

Alle europäischen Staaten, die die gemeinsamen Werte teilen (Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit), können Mitglied in einer europäischen Werte- und Sicherheitsgemeinschaft werden. Einzige Bedingung wäre, dass sie sich in Rechtsfragen dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof unterstellen. Ihre Beistandsverpflichtung decken sie durch die NATO ab und organisieren sich in diesem Rahmen als „europäischer Pfeiler" der NATO.

b) Gemeinsamer Markt

Alle europäischen Staaten, die Mitglied in der europäischen Werte- und Sicherheitsgemeinschaft sind, können an einem reformierten Gemeinsamen Markt teilnehmen. Dieser würde den Waren- und Dienstleistungsaustausch sowie die Freizügigkeit in Europa gewährleisten, würde aber im Unterschied zum aktuell bestehenden Gemeinsamen Markt ökologische und soziale Schutzregeln sowie die Regulierung von Kapitalimporten für die wirtschaftlich schwächeren Ökonomien erlauben.

c) Europäische Union

Alle Staaten, die am Gemeinsamen Markt teilnehmen, können an der verstärkten Vergemeinschaftung verschiedener politischer Bereiche teilnehmen (gemeinsame Währung inkl. Banken-, Finanz- und Steuerunion, gemeinsames Parlament und Regierung für die gemeinsamen Belange, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, offene Binnengrenzen, verstärkte Kooperation im militärischen Bereich im Rahmen einer europäischen Verfassung). Wenn Staaten diese Integrationszone wieder zu verlassen wünschen, würden sie in den Gemeinsamen Markt zurückfallen.

d) Assoziationsverträge

Anderen Ländern, die nicht Mitglieder der Werte- und Sicherheitsgemeinschaft sind, könnte, wie jetzt auch schon, durch spezielle Assoziationsverträge Zugang zum Gemeinsamen Markt gegeben werden.

Fazit:

Mit einem solchen institutionellen Aufbau könnte man osteuropäische Staaten schnell aufnehmen, ohne ihnen langwierige Reformprozesse aufzubürden. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit könnte sich in Ruhe entwickeln und wäre insgesamt attraktiver, da der neue Gemeinsame Markt von seinen neoliberalen Disfunktionalitäten befreit wäre. Auf eine politische Entwicklung weg von den gemeinsamen europäischen Werten (wie gegenwärtig in Polen oder Ungarn) könnte problemlos durch Suspendierung oder im Extremfall durch Ausschluss reagiert werden. Politische Integration wäre ein eigenes Projekt für die Mitgliedsländer, die dies wünschen. Es könnte nicht durch integrationsunwillige Länder blockiert werden. /

Positionspapier
www.mehr-demokratie.de/themen/europa-und-international/demokratisierung-der-eu

Stefan Padberg
Moderator AK Europa
Mehr Demokratie.

Reaktionen von Mehr Demokratie auf den Krieg

Die Position von Mehr Demokratie

Der von Wladimir Putin befohlene Angriff auf die Ukraine hat auch bei Mehr Demokratie Bestürzung und Betroffenheit ausgelöst. Vor allen notwendigen inhaltlichen und demokratie-politischen Debatten steht die Grundüberzeugung: Krieg, Gewalt oder die Androhung von Gewalt sind keine angemessenen Mittel der Politik.

- Der Angriff auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und nicht zu rechtfertigen.
- Unsere Solidarität gilt allen Menschen, gleich auf welcher Seite, die durch den Krieg Leid und Repression erfahren.
- Priorität haben die Beendigung der Kämpfe, die Rückkehr an den Verhandlungstisch und Hilfe für die Betroffenen.
- Solidarität mit der Ukraine ist das Gebot der Stunde, doch dadurch werden die Menschen in Russland nicht zu unseren Feinden.
- Jeder Mensch hat das Recht auf Frieden. Der jetzige Krieg wird nur von wenigen gewollt.

Das Eintreten für Demokratie ist noch wichtiger als bisher. Nur mit starken Demokratien können wir in Deutschland, Europa und der Welt Frieden und Freiheit erreichen und erhalten. Wir müssen auch den Umgang des Westens mit Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen überprüfen. Als Weltgemeinschaft stehen wir vor globalen Herausforderungen, die wir nur lösen werden, wenn wir kooperieren. Eine Aufspaltung der Welt in Freunde und Feinde gefährdet dieses Ziel.

Unsere Aktivitäten im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine

Mehr Demokratie

- tritt dem Alliance4Ukraine-Bündnis bei: www.alliance4ukraine.org
- ist Teil des Bündnisses für Friedenskundgebungen: www.stoppt-den-krieg.de
- eröffnet persönliche Gesprächsräume zum Krieg in der Ukraine
- erarbeitet inhaltliche Positionen zur europäischen Friedenssicherung
- beschreibt demokratische Prozesse, wie die EU dies erreichen kann
- startet ein Forschungsprojekt zu Demokratie und Trauma

Positionspapier von Mehr Demokratie, beschlossen am 04.03.2022

Foto: mododeolhar/pexels

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.
STOP PUTIN
STOP
STOP PUTIN
#THE HAGUE
NO WAR
FRIEDEN

„Heute stehe ich hier als Frau und als Mutter von zwei Kindern."

Rede von Claudine Nierth auf der Friedensdemo am 13.03.2022

Normalerweise spreche ich über Demokratie. Ich kämpfe für mehr Demokratie, für Bürgerbeteiligung, für Bürgerräte, Bürgerentscheide, Abstimmung. Aber heute stehe ich hier als Frau und als Mutter von zwei Kindern. Heute stehe ich hier, weil ich mich verbunden fühle mit den Müttern in der Ukraine, die jetzt sich und ihre Kinder in Sicherheit bringen müssen und nicht wissen, wohin sie fliehen und in welche Zukunft sie fliehen. Die ihre Söhne und ihre Männer zurücklassen und nicht wissen, ob sie sie wiedersehen und wann sie sie wiedersehen. Ich fühle mich aber auch verbunden mit den Frauen und Müttern in Russland, die sich nicht trauen, an einer Friedensdemonstration teilzunehmen, weil sie nicht wissen, ob sie das mit jahrelanger Haft und Arbeitslager büßen müssen. Ich fühle mich verbunden mit allen Frauen, die hier heute sind, die sich jetzt die Frage stellen; was können wir tun? Ich fühle mich natürlich verbunden mit aller Weiblichkeit, die in jedem Männerherz schlummert und schlägt. Resilienz ist die Fähigkeit, unter großem Druck seine Werte aufrechtzuerhalten. Ich fordere uns alle auf, nicht der Kriegslogik zu folgen. Nicht dem Hass und der Wut zu folgen. Nicht dem Schlag und dem Gegenschlag zu folgen. Nicht nach Waffen zu schreien, sondern in uns die Entscheidung zu fällen, diese Kriegslogik zu verlassen. Ich möchte mit euch allen in die Logik des Friedens eintreten. Die Logik des Friedens kennt keine Teilung. Die kennt keinen Feind und keinen Freund. Die kennt nur den Frieden. Der Krieg ist immer das Ende einer Konfliktspirale, wo mindestens ein Kontrahent versucht, den anderen zu eliminieren, und koste es sein eigenes Leben.

Am Ende eines Krieges beginnen immer Verhandlungen, deshalb müssen wir jetzt mit Verhandlungen beginnen. Wie löst man Konflikte? Es bedarf einer dritten Kraft, die nicht in den Konflikt involviert ist. Die eine Gemeinschaft um die Konfliktpartner bildet, in der sich die Konfliktpartner psychologisch so sicher fühlen, dass sie in eine lange, lange Verhandlungszeit eintreten können. Denn Frieden entsteht nur, wenn wir nicht das Trennende, das Teilende, das Unversöhnliche im Zentrum sehen und die Gräben tiefer reißen. Frieden entsteht nur, wenn wir das Verbindende, das Visionäre, das Gemeinsame ins Zentrum stellen, wofür wir bereit sind, zu gehen. Ich kämpfe für die Demokratie, weil wir in der Geschichte

festgestellt haben, Demokratien greifen in der Regel einander nicht an. Die Ukraine hat unglaublich viel Potenzial an Demokratie. Sie hat in den letzten Jahren sich dezentralisiert und demokratisiert und dieses Potenzial müssen wir unterstützen, schützen und fruchtbar machen. Meine Füße stehen auf einer Erde, auf derselben Erde, auf der eure Füße stehen. Unsere Füße stehen auf derselben Erde wie die Füße der Ukrainer, auf derselben Erde wie die der Russen, der Chinesen, Amerikaner, Afrikaner, Südamerikaner, Australier. Es geht um eine Menschheit und wir haben nur eine Zukunft und die fordert uns in den nächsten Jahren so heraus, dass wir nur die Zukunft sehen können, wenn wir gemeinsam ihr entgegengehen. Im Schulterschluss mit allen Menschen, mit allen Nationen, so bunt, wie wir sind. Nur gemeinsam, in der Überwindung von jeglicher Feindseligkeit, Spaltung und Trennung, haben wir eine Chance. Deshalb appelliere ich an jeden und jede von uns: Sprich und denke und handle so, dass in dir Frieden und um dich Frieden entsteht. Danke. /

Rede von Claudine Nierth
www.youtube.com/watch?v=XISC86kE1FA

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie.

Foto: Selene Magnolia/Campact

NEUE EUROPÄISCHE FRIEDENSORDNUNG

Was kommt nach dem Krieg?

Perspektiven einer neuen europäischen Friedensordnung – eine Einleitung von Dieter Halbach

Wir können und wollen in diesem Magazin keine Diskussion dazu führen, was aktuell politisch geboten ist. In unserem Positionspaper vom 04.03.2022 wurde eine Grundlage geschaffen und es gibt einzelne persönliche Stellungnahmen wie die von Claudine Nierth auf der großen Demo am 13.03.2022 in Berlin. So groß die Versuchung ist, in Debatten wie „Waffenlieferungen, ja oder nein?" einzusteigen – wir als Mehr Demokratie sehen es eher als unsere Aufgabe, verschiedene Positionen abzubilden und Demokratie-Perspektiven über die aktuelle Situation hinaus aufzuzeigen. Daher werden wir versuchen, einen Blick in die Zukunft nach dem Krieg zu werfen und mögliche Szenarien einer demokratischen Friedensordnung in Europa aufzuzeigen.

Dabei ist das zukünftige Verhältnis zu Russland entscheidend. Es spricht einiges dafür, wie der Historiker Timothy Snyder darlegt, dass Deutschland sein Verhältnis zu Russland grundsätzlich überdenken muss. Er meint: „Die Deutschen schließen die Augen vor dem russischen Faschismus", und begründet das mit den blinden Flecken der deutschen Ostpolitik und Vergangenheitsbewältigung: „Es gab eine Art magisches Denken in dieser Hinsicht. Solange die Deutschen Beziehungen zu den Russen hatten, war es irgendwie unvorstellbar, dass das russische Regime faschistisch war. [...] Als Russland in die Ukraine einmarschierte, war eine sehr verbreitete deutsche Reaktion: ‚Wie hätten wir das wissen können?' Aber es waren Faktoren innerhalb der deutschen Gesellschaft, die den russischen Faschismus und die russische Aggression unsichtbar machten. [...] Es ist wichtig, Russland daran zu hindern, Demokratien direkt zu zerstören, dieses Mal in einem Angriffskrieg. Aber wir können die russischen Aktionen auch zum Anlass nehmen, uns selbst genauer unter die Lupe zu nehmen. Ich bin zuversichtlich, dass dies nun auch in Deutschland geschehen wird." (Berliner Zeitung, 08.05.2022)

Gerade innerhalb der SPD wird diese Neuorientierung sichtbar. „Sicherheit in Europa ist nur mit Russland zu erreichen" – heißt es im SPD-Grundsatzprogramm. Angesichts des russischen Kriegs gegen die Ukraine ist das laut Parteichef Klingbeil nicht mehr zu halten. „Wir haben uns zu stark auf Russland konzentriert", sagte er der WELT AM SONNTAG vom 06.05.2022. „Künftig müssen wir viel stärker mit den osteuropäischen Staaten kooperieren." Der Satz im Grundsatzprogramm der SPD, wonach Sicherheit in Europa nur mit Russland zu erreichen sei, stimme vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges nicht mehr. „Dazu gehört auch der kritische Blick zurück", sagte der SPD-Chef. Die SPD sei stolz auf die Ostpolitik von Willy Brandt. Allerdings seien auch Fehler gemacht worden.

„Zusammen mit Russland, das geht nicht mehr!" – das ist auch der Tenor bei wichtigen Beraterinnen und Beratern der deutschen Bundesregierung. In einem Beitrag in der ZEIT vom 24.03.2022 begründen Claudia Major (Stiftung Wissenschaft und Politik) und Christian Mölling (Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik) diesen Ansatz. Unabhängig davon, wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine enden wird, glauben sie: Die Welt wird auf lange Zeit unfriedlich sein. Die neue Sicherheitsordnung in Europa wird nicht mehr kooperativ-integrativ zusammen mit Russland funktionieren, sondern ohne oder sogar gegen Russland. Sie schreiben: „Deutschland und Europa brauchen also eine Konfliktstrategie, um die eigenen Interessen in einer dauerhaft unfriedlichen Welt durchzusetzen – explizit gegen die Interessen anderer, die unseren entgegenstehen, oder, noch schlimmer, deren Interesse es ist, unsere Lebensweise von der Landkarte zu streichen." Dabei betonen sie die europäischen Prinzipien, damit „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht für Europa unverhandelbar bleiben. Sie machen den Unterschied aus gegenüber Autokratien". Diese Prinzipien müssen jedoch zukünftig stärker verteidigt werden: „Unsere Demokratien, Bevölkerungen und Territorien müssen geschützt werden. Dafür braucht es einsatzfähige Streitkräfte, ▸

Foto: istockphoto/ipopba

die auch gewährleisten, dass der Westen Regeln, etwa über Grenzen, durchsetzen kann." Für diese zukünftige europäische Friedensordnung spielt Deutschland eine zentrale Rolle, allein durch seinen finanziellen Beitrag zur Verteidigung. Das Fazit von Major und Mölling: „Deswegen ist die Umsetzung der von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigten Zeitenwende keine rein deutsche Hausaufgabe. Es ist die notwendige Voraussetzung für die Gestaltung einer neuen europäischen Sicherheitsordnung."

Doch was heißt das im Einzelnen? Die renommierte Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung hat dazu einen eigenen Blog eingerichtet.

Dort heißt es einleitend: „Das ‚Sondervermögen Bundeswehr' und das Ziel, von nun an zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung zu investieren, erfordern nicht nur eine Klärung dessen, welche militärischen Fähigkeiten für welche strategischen Ziele benötigt werden. Denn mehr Militär allein wird die Sicherheit nicht bieten, die wir wollen. Notwendig ist eine kohärente sicherheits- und friedenspolitische Gesamtstrategie, die Verteidigungsfähigkeit (inklusive Abschreckung) und zivile Konfliktbearbeitung zusammen denkt."

Zur Verteidigungspolitik: „So wichtig und richtig es daher ist, die östlichen Grenzen der NATO militärisch abzusichern und auf Abschreckung zu setzen, so unerlässlich ist es, für eine integrierte Sicherheitsstrategie und die daraus folgenden Reformen der Bundeswehr, auch die globale Dimension der aktuellen Umbrüche und die multilateralen Herausforderungen im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union im Blick zu behalten.

Um seiner Verantwortung für die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der NATO gerecht zu werden, wird Deutschland seine militärischen Fähigkeiten in drei Bereichen ausbauen müssen: Landesverteidigung, Bündnisverteidigung und Abschreckung. Diese Dimensionen sind eng miteinander verzahnt und müssen strategisch integriert werden."

Zur zivilen Sicherheitspolitik: „Der gegenwärtige Fokus auf die Ausstattung der Bundeswehr darf nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit, Diplomatie, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention ausbleiben. Die Ampel-Koalition einigte sich im Koalitionsvertrag auf eine Steigerung der Ausgaben für ‚Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit [...] im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung Grundlage des Haushaltes 2021.' Zwar gilt diese Kopplung nicht für die zusätzlichen 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, aber auch in die zivilen Komponenten der Sicherheits- und Friedenspolitik muss verstärkt investiert werden. Der Verband für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe (VENRO) bezifferte bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine den Mehrbedarf an Mitteln für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auf 31,2 Milliarden Euro bis 2025."

Zu diesen Einschätzungen wollen wir mit zwei Artikeln auch alternative Sichtweisen hinzufügen und so die offene Diskussion anregen. Andreas Zumach betrachtet eine mögliche europäische Friedensordnung mit einem Russland nach Putin und Ralf Becker inspiriert dazu, „Sicherheit neu zu denken". /

Friedens- und Konfliktforschung
blog.prif.org/2022/03/11/sicherheitspolitische-zeitenwende-welche-faehigkeiten-braucht-deutschland-um-den-frieden-zu-sichern/

Dieter Halbach
Redakteur des demokratie-Magazins.

Bausteine für eine europäische Friedensordnung nach dem Ende der Ära Putin

Ein Ausblick von Andreas Zumach

Anfang der 1970er-Jahre stellte Egon Bahr, Architekt der damaligen Ost- und Entspannungspolitik der westdeutschen Bundesregierung von Kanzler Willy Brandt, fest: Eine Friedensordnung auf dem eurasischen Kontinent zwischen Atlantik und Wladiwostok kann es nur mit der Sowjetunion geben, nicht ohne sie und schon gar nicht gegen sie. Ein halbes Jahrhundert später und über 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und dem nachfolgenden Zerfall der Sowjetunion gilt dieses Axiom unverändert mit Blick auf Russland. Die Geografie lässt sich nun mal nicht ändern.

Doch ist eine Friedensordnung unter Beteiligung Russlands nach dem verheerenden Krieg gegen die Ukraine überhaupt noch vorstellbar? Die meisten westlichen Politikerinnen und Politiker sowie Medien beantworteten diese Frage nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine Ende Februar 2022 zunächst einmal negativ und plädierten für eine Konfrontation mit Russland auf allen wirtschafts-, informations- und sicherheitspolitischen Ebenen. Die militärische Devise lautete: massive konventionelle Aufrüstung, Aufstockung der NATO-Truppen an den östlichen Grenzen der Allianz sowie Bekräftigung und Verstärkung der atomaren Abschreckungspolitik.

Eine Umsetzung all der unter dem Eindruck des Ukrainekrieges bereits geplanten und darüber hinaus geforderten Maßnahmen zur Konfrontation mit Russland wäre der Weg zurück in die Hochzeiten des Kalten Krieges. Eine solche Politik würde die gefährlichen nationalistischen, großrussischen, antiwestlichen und militaristischen Gefühle und Ambitionen in Russland weiter verstärken. Nicht nur bei Putin und anderen Vertreterinnen und Vertretern der Führung des Landes, sondern auch in der russischen Bevölkerung.

All die Plädoyers für eine Konfrontation mit Moskau basieren offensichtlich auf der Annahme, dass Russland und seine Führung unverändert so bleiben, wie sie sich uns in dem Ukrainekrieg präsentiert haben. Doch diese Annahme ist falsch. Putin hat mit diesem Krieg das Ende seiner Ära eingeläutet. Er wird mit Sicherheit nicht bis 2036 Präsident bleiben, wie er mit der von ihm durchgesetzten Verfassungsänderung geplant hatte. Die negativen Auswirkungen der westlichen Sanktionen auf die Bevölkerung, die vielen tausend russischen Soldaten, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine verscharrt wurden oder in Särgen nach Hause kamen, die vielen Propagandalügen Moskaus über diesen Krieg, die inzwischen auch in Russland als solche entlarvt wurden – all das unterminiert Putins Macht und stärkt die Zweifel und die Kräfte des Widerstandes.

Nach dem Ende der Ära Putin

Statt einen Rückschritt in die Politik des Kalten Krieges zu machen, sollten jetzt die Weichen gestellt werden für eine gemeinsame Friedensordnung mit Russland. Auch wenn Putin vielleicht noch einige Jahre Kremlchef bleiben sollte. Vorstellbar ist eine solche Friedensordnung allerdings nur unter vier Voraussetzungen:

- Erstens: Der heiße Krieg Russlands gegen die Ukraine ist beendet.
- Zweitens: Sämtliche russische Truppen wurden aus der Ukraine abgezogen.
- Drittens: Der Streit zwischen Moskau und Kiew um die Territorien der Krim und der beiden Donbass-Provinzen wurde – im besten Fall durch ein einvernehmliches Verfahren – beigelegt. Zum Beispiel durch ein von der UNO und/oder der OSZE durchgeführtes Referendum über den künftigen Status dieser Territorien. Oder aber beide Seiten haben sich zumindest darauf geeinigt, diesen Streit für einige Jahre einzufrieren, bis die gesamtpolitischen Rahmenbedingungen für eine Einigung wieder besser geworden sind.
- Viertens: Die NATO und die Regierung in Kiew haben das Vorhaben einer Mitgliedschaft der Ukraine in der Militärallianz endgültig aufgegeben.

Die bereits seit 1997 vollzogene Aufnahme von 14 osteuropäischen Staaten in die NATO hat die von der Allianz selbst fest- ▸

gelegte Voraussetzung, dass eine Mitgliedschaft „zu mehr Stabilität auf dem europäischen Kontinent beitragen" müsse, nicht erfüllt. Diese Osterweiterung unter Missachtung der legitimen Sicherheitsinteressen Russlands betrieben die NATO-Staaten, weil sie sich als die „Sieger" im Kalten Krieg sahen. Diese Hybris werden die westlichen Staaten ablegen müssen. Denn sonst wird bereits der erste notwendige Schritt zur Errichtung einer gesamteuropäischen Friedensordnung scheitern: weitgehende Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen bei atomaren und konventionellen Waffen sowie den Truppenstärken. Zu entsprechenden Verhandlungen hatten sich die NATO und die USA in ihren schriftlichen Antworten auf die Forderungen, die Putin im Dezember 2021 vorgelegt hatte, grundsätzlich ja bereit erklärt. Sollten die NATO-Staaten, deren Führungsmacht USA seit Anfang des Jahrtausends fast alle Verträge zur Rüstungskontrolle (Raketenabwehrvertrag ABM, das Mittelstreckenabkommen INF) sowie über vertrauensbildende Maßnahmen im Luftraum (Open Skys) einseitig aufgekündigt hat, bei künftigen Verhandlungen nur auf der Eindämmung militärischer Fähigkeiten aufseiten Russlands bestehen, die eigenen Kapazitäten sowie bislang geplante Aufrüstungs- und „Modernisierungs"-maßnahmen aber für sakrosankt erklären, dann wären diese Verhandlungen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Dann käme ein unverzichtbarer Pfeiler für eine gesamteuropäische Friedensordnung nicht zustande.

Eine gesamteuropäische Friedensordnung mit Russland erfordert nicht nur sicherheitspolitische Deeskalationsmaßnahmen und militärische Abrüstung. Ebenso wichtig ist auch eine Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiet, zumindest aber die Berücksichtigung der legitimen wirtschaftlichen Interessen aller Beteiligten. Gegen diese Maßgabe hat die EU bei ihren bis Oktober 2013 geführten Verhandlungen mit der Ukraine verstoßen. Den damaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch stellte die EU vor die Alternative, entweder mit Brüssel eine Zollunion und ein Assoziierungsabkommen zu vereinbaren – als Zwischenschritte auf dem Weg zu einer Mitgliedschaft – oder aber sich mit Russland, Belarus und Kasachstan in eine zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft zu begeben. Die Ukraine, die damals über 50 Prozent ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen – Handel, Investitionen, Technologietransfer etc. – mit Russland hatte, vor eine derartige Alternative zu stellen, war ein schwerer Fehler der EU. 2016 schlug der damalige Bundesaußenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor, die Wirtschaftsexpertinnen und -experten der EU, Russlands und der Ukraine sollten sich an einen Tisch setzen und die Frage klären, wie die bestehende Zollunion zwischen Russland und der Ukraine mit einer künftigen Zollunion zwischen der EU und der Ukraine kompatibel gemacht werden könnte. Dieser völlig richtige Vorschlag Steinmeiers wurde damals leider nicht aufgegriffen. Bei künftigen Verhandlungen über eine Annäherung der EU an die Ukraine müsste dieser Vorschlag auf den Tisch kommen und müssten die legitimen wirtschaftlichen Interessen Russlands berücksichtigt werden.

Klimafreundliche Energiepartnerschaft mit Russland

Unerlässlich für eine dauerhafte Stabilität in Gesamteuropa wäre zudem eine nachhaltige und klimafreundliche Energiepartnerschaft mit Russland – etwa durch die Produktion von grünem Wasserstoff in Russland (in Windkraftanlagen im windreichen Sibirien und durch Solarkraftwerke im sonnenreichen Südrussland) und seinen Export durch die bestehenden Pipelines nach Westeuropa. Ob eine derartige Energiepartnerschaft möglichst bald Realität wird, ist keine Frage technischer Machbarkeit, sondern ausschließlich des politischen Willens. Sie wäre dringend notwendig, um die fatale Abhängigkeit der russischen Volkswirtschaft von der Exploration, der Verarbeitung und dem Verkauf von Gas, Öl und Kohle in den nächsten 20 Jahren deutlich zu reduzieren. Ansonsten wird nicht nur Russland, sondern werden wir alle auf unserem gemeinsamen eurasischen Kontinent die Pariser Klimaziele krachend verfehlen. Eine Verringerung der Abhängigkeit der russischen Volkswirtschaft von fossilen Energien hätte zudem demokratiepolitische Folgen. Denn die Macht der Putin stützenden Oligarchen beruht ganz wesentlich auf ihrer Kontrolle über den fossilen Energiesektor Russlands.

Heilung für alle schwärenden Wunden

Eine gesamteuropäische Friedensordnung, die diesen Namen verdient, wird es aber erst geben, wenn all die schwärenden Wunden, die seit dem Fall der Berliner Mauer durch den Einsatz militärischer Gewaltmittel geschlagen wurden, nachhaltig geheilt und alle Territorialkonflikte durch einvernehmliche Verfahren beigelegt sind. Das gilt nicht nur für die von Russland völkerrechtswidrig annektierte Krim und für die Donbass-Provinzen der Ukraine, sondern auch für die abtrünnigen Provinzen Georgiens und Moldawiens. Auch hier werden in einer neuen Friedensordnung keine russischen Truppen mehr stehen können. Und auch für die schwärende Wunde Kosovo/Serbien, die die NATO mit ihrem völkerrechtswidrigen Luftkrieg von 1999 und der nachfolgenden Abspaltung des Kosovo von Serbien geschlagen hat, muss dann eine heilende Lösung gefunden werden. Und zwar in einem einvernehmlichen Verfahren auch mit der Regierung in Belgrad. /

Andreas Zumach
Journalist und Buchautor, 1988 bis 2020 Korrespondent für zahlreiche Medien bei der UNO in Genf;
letztes Buch: „Reform oder Blockade – welche Zukunft hat die UNO?", Rotpunkt-Verlag Zürich, 2020

Foto: pixabay

Sicherheit neu denken

Ein Vorschlag von Ralf Becker

Die Entscheidung Wladimir Putins, einen brutalen militärischen Angriffskrieg zu führen, der daraus folgende Beitritt Schwedens und Finnlands zur NATO und die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr verändern die europäische Sicherheitsarchitektur nachhaltig. Stand Mitte Mai rechnen die US-Geheimdienste mit einem lang anhaltenden Krieg in der Ukraine.

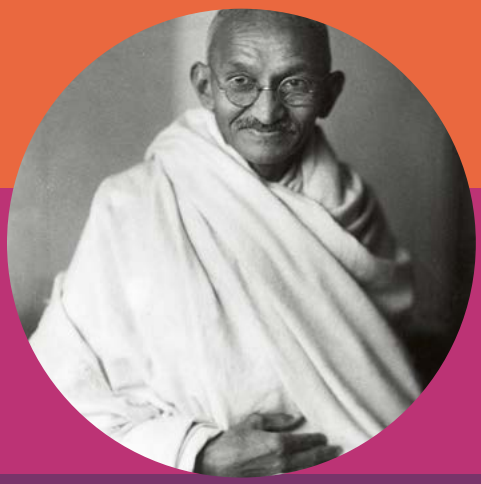
Dass dieser Krieg bei einem Aufbau einer inklusiven europäischen Sicherheitsarchitektur entsprechend den Vereinbarungen der Charta von Paris von 1990 hätte verhindert werden können, ist inzwischen Teil einer nicht mehr veränderbaren Geschichte. In der Charta von Paris sind 1990 die Souveränität der Staaten, der Aufbau einer gemeinsamen Sicherheitsordnung, gegenseitig kontrollierte Abrüstung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als miteinander verbundene Pfeiler einer zukünftigen Friedensordnung in Europa vereinbart worden.

Doch die Haltung, die seitens der USA in den letzten zwanzig Jahren diese Entwicklung wesentlich mit beeinflusst hat – und die Deutschland regelmäßig trotz Bedenken und teils gegenteiliger Überzeugung aus Bündnissolidarität mitgetragen hat –, bleibt für die Perspektiven einer zukünftigen europäischen Friedensordnung von entscheidender Bedeutung. Seit dem Jahr 2000 setzen die USA – ohne Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs – auf eine weltweite militärische Dominanz („Full Spectrum Dominance") und kündigten zunächst 2001 den ABM-Vertrag zur Begrenzung antiballistischer Raketenabwehrsysteme. Nach 2004 ratifizierten sie den Anpassungsvertrag zu konventioneller Abrüstung in Europa (AKSE) nicht. Zuletzt haben sie 2019 den INF-Vertrag zum Verzicht auf atomare Mittelstreckenwaffen gekündigt.

Auch die Chance, nach 1990 eine inklusive friedens- und sicherheitspolitische Ordnung in Europa aufzubauen, haben wir bisher nicht genutzt. So schreibt die Studiengruppe Europäische Sicherheit und Frieden der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler 2019 in ihrem Beitrag „Mythos Russland hat die europäische Friedensordnung aufgekündigt": ▸

„Es fehlte vor allem an der Bereitschaft zur wechselseitigen Anerkennung und inklusiven Gemeinschaftsbildung. Die Hauptverantwortung hierfür trägt der Westen: Weder wollte er Moskau gleichberechtigt einbinden noch der KSZE (heute OSZE) die für eine erfolgreiche Krisenbearbeitung nötigen Instrumente bereitstellen.“ Und weiter: „Die dem Kreml zugestandenen Formate stellen keinen gleichwertigen Ersatz für eine inklusive Friedensordnung dar: Im 1997 gegründeten NATO-Russland-Rat sitzt Moskau sämtlichen Mitgliedern des Bündnisses gegenüber, bleibt aber ohne Einfluss auf dessen Entscheidungen.“

Angesichts des drohenden Klimakollapses und des bereits bestehenden mehrfachen militärischen und wirtschaftlichen Übergewichts der NATO gegenüber Russland erscheint die aktuell verständliche Tendenz zu nachhaltiger militärischer Aufrüstung nicht ausreichend und langfristig kontraproduktiv zur Bewältigung der vor uns stehenden weltweiten Herausforderungen. Es gilt, eine uns immer noch unbewusste und doch weltweit wahrgenommene westliche kulturelle



„Wer sich selbst, seine Angehörigen und deren Ehre nicht zu schützen vermag, indem er bereit ist gewaltfrei zu sterben, kann und soll es dadurch tun, dass er dem Unterdrücker gewaltsam begegnet. Wer weder das eine noch das andere tun kann, fällt anderen zur Last.“

Gandhi

LITERATUR

Sabine Jaberg, Mythos „Russland hat die europäische Friedensordnung aufgekündigt“
www.vdw-ev.de/ueber-uns/studiengruppen/europ-sicherheit-frieden/

Wolfgang Richter, Der Westen trägt eine Mitverantwortung für die Ukraine-Krise, bpb, 05.09.2016,
www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/233440/meinung-der-westen-traegt-eine-mitverantwortung-fuer-die-ukraine-krise/

Ines-Jaqueline Werkner et al., Berliner Memorandum „Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa“, 2017,
www.fest-heidelberg.de/berliner-memorandum-sicherheit-neu-denken-wege-des-friedens-in-europa/

US-Strategiepapier „Joint Vision 2020“ aus dem Jahr 2000, das das Ziel militärischer „Überlegenheit auf allen Gebieten“ („Full Spectrum Dominance“) definiert.
de.wikipedia.org/wiki/Joint_Vision_2020

Zivile Sicherheitspolitik

Gerechte Außenbeziehungen	Nachhaltige EU-Nachbarschaft	Internationale Sicherheits-architektur	Resiliente Demokratie	Konversion der Bundeswehr
Globale soziale Marktwirtschaft	UN-Entwicklungs-plan mit Afrika und dem Nahen Osten	Gemeinsame Sicherheit durch Friedenslogik	Friedensbildung	Evaluierung militärischer und ziviler Verteidigung
Fairer Handel	Friedens- und Sicherheits-architektur	Aufbau europäi-scher Polizei	Meditationszentren	Transformation in internationale Polizei und THW
Klimaverträglicher Lebensstil	Wirtschaftspartner-schaft mit Russland und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU)	Zivile Rolle innerhalb EU/OSZE/ NATO	Zivile Konfliktprä-vention	Konversion der Rüstungsindustrie
Stärkere Beiträge in UN-Entwicklungs-/ Ernährungs-Fonds		Demokratisierung der UNO	Zivile Friedens-dienste	Abzug der Atomwaffen
			Einüben von zivilem Widerstand	
			Resilienz gegen Terror	

Quelle: Sicherheit neu denken

und militärische Dominanz zu überwinden, zugunsten einer europäischen Friedensordnung auf Augenhöhe.

Das Berliner Memorandum aus dem Jahr 2017 beschreibt, wie sicherheitspolitische Kooperation auch zwischen Demokratien und Autokratien, also zwischen unterschiedlichen Wertesystemen gelingen kann:

„Eine Politik, die das eigene Verständnis der Charta von Paris zur handlungsleitenden Maxime macht und gegen Kritik von Seiten autoritärer Ordnungsvorstellungen durchzusetzen versucht, kann sicherheitspolitische Konflikte im Blick auf die Ordnung Europas provozieren und verschärfen. Die Bereitschaft, solche normativen Differenzen anzuerkennen, auszuhalten und letztlich konstruktiv zu bearbeiten, gehört zu den grundlegenden Anforderungen an eine gesamteuropäische Ordnung. Denn die Tragfähigkeit der demokratischen, rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Werte zeigt sich auch daran, inwieweit sie den friedlichen und konstruktiven Austrag von sicherheitspolitischen Konflikten mit dem normativ Anderen zulassen und auf ideologische Konfrontationen verzichten."

Notwendig ist der Aufbau wirklich kooperativer Sicherheitsstrukturen, die mittelfristig über die erneute Block-Konfrontation zwischen der NATO und Russland hinausweisen. Dazu geben das im April 2018 veröffentlichte Szenario „Sicherheit neu denken", der im April 2022 erschienene Olof-Palme-Bericht II sowie der Beitrag von Andreas Zumach weitergehende Orientierung.

Um das mit dem aktuellen Krieg verbundene Leiden schnell zu beenden, könnte und sollte die NATO in diesem Sinne bereits jetzt parallel zur militärischen Stärkung der Ukraine auf Präsident Putin zugehen. /

Ralf Becker
koordiniert im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden die von 46 zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen getragene Initiative „Sicherheit neu denken".
www.sicherheitneudenken.de

Fotos: wikipedia; Gerd Aumeier

UNO

Der Welt-Unsicherheitsrat und der Ukrainekrieg

Mit Zweidrittelmehrheit hat am 02.03.2022 die UN-Vollversammlung den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilt. 141 Staaten stimmten für eine entsprechende Resolution und forderten den Abzug Russlands aus dem Land. Nur fünf Länder stimmten dagegen, darunter Russland und Syrien. Doch dieser Beschluss hatte keine Verbindlichkeit. Denn der Weltsicherheitsrat ist das alleinige Entscheidungsgremium für Sicherheitsmaßnahmen. Wenn im Rat Russland (oder oft zuvor die USA oder China) ein Veto einlegt, dann ist die Weltgemeinschaft geknebelt. Der Mangel an Frieden ist also auch ein Demokratiemangel! Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat deswegen vor dem UN-Sicherheitsrat gefordert, Russland zur Rechenschaft zu ziehen. Eine Option sei es, „Russland als Aggressor und Kriegsauslöser zu entfernen, damit es nicht länger Entscheidungen über seine eigene Aggression blockieren kann". Ohne tiefgreifende Reformen müsse sich der Sicherheitsrat womöglich „selbst auflösen", sagte Selenskyj. Die Vereinten Nationen könnten „dichtgemacht" werden. Auch in der deutschen Politik mehren sich die Stimmen für eine Reform des Weltsicherheitsrates und eine Abschaffung des Vetorechts, etwa von der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Strack-Zimmermann.

Dieser „Welt-Unsicherheitsrat" ist der größte Systemfehler in der Weltordnung und sehr schwer zu verändern. Den Hintergrund dazu erläutert Andreas Bummel von Democracy Without Borders.

Ist der UN-Sicherheitsrat noch reformierbar?

Eine Analyse von Andreas Bummel

Die völkerrechtswidrige Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat die Schwächen der globalen Friedensordnung einmal mehr in drastischer Weise offengelegt. Dreh- und Angelpunkt ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der nach UN-Charta die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt.

Russland ist neben China, Frankreich, USA und dem Vereinigten Königreich eines von fünf ständigen Mitgliedern. Die sogenannten P5 sind anders als die restlichen zehn Mitglieder mit Vetomacht ausgestattet. Ohne Zustimmung Russlands und der anderen P5 kann der Rat nichts beschließen. So war es auch am 25. Februar dieses Jahres, einen Tag nach Beginn des großflächigen russischen Angriffs auf die Ukraine, der unter anderem einen offensichtlichen Verstoß gegen das Gewaltverbot der UN-Charta darstellt. Mit elf Ja-Stimmen, drei Enthaltungen, eine davon von China, und einer Nein-Stimme Russlands ist eine Resolution zur Verurteilung der Aggression im Rat gescheitert.

In Sachen Ukraine ist der Sicherheitsrat wegen des Vetorechts Russlands handlungsunfähig. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat daher gefordert, dass das Vetoprivileg abgeschafft werden müsse. Andernfalls könne sich der Sicherheitsrat auch gleich ganz auflösen. Über 250-mal ist seit Bestehen der UN ein Veto eingelegt worden und oft wurden Resolutionen gar nicht erst zur Abstimmung gebracht. In jüngerer Zeit hat sich insbesondere Russland hervorgetan, das allein oder mit China in mehr als 15 Fällen ein Veto eingelegt hat, um Maßnahmen des Rates gegen den Syrienkrieg zu blockieren.

Tatsächlich ist der Ruf nach Reformen nicht neu und zu einem lautstarken Chor geworden. Das Vetorecht der P5 gilt ►

Foto: istockphoto/Sander-Stock

als anachronistisch und undemokratisch. Nach dem ehemaligen UN-Botschafter von Bangladesch Anwarul K. Chowdhury ist die Vetomacht kein Grundpfeiler der UN, wie häufig eingewandt wird, sondern ihr Grabstein, da sie effektives Handeln verhindert. Der kenianische UN-Botschafter Martin Kimani verurteilte die russische Aggression im Rat und merkte an, dass der Multilateralismus nun auf dem Totenbett liege. Er wies darauf hin, dass mächtige Staaten – gemeint sind die P5 – das Völkerrecht immer wieder ohne Konsequenzen brechen könnten.

Wie Reformen aussehen sollen, darüber besteht zwischen den 193 UN-Mitgliedstaaten auch nach jahrzehntelangen Verhandlungen weiter Uneinigkeit. Die Diskussion dreht sich meistens um eine Erweiterung des Rates: wie viele neue Sitze soll es geben, wer soll sie bekommen und welchen Status sollen sie haben. Dabei geht es vor allem um nationale Eigeninteressen und Eitelkeiten. Von den P5 gibt es keinerlei Anzeichen, dass sie ihre Privilegien aufgeben wollen. Daher verlangen die Länder der Afrikanischen Union, die bisher unterrepräsentiert sind, zwei ständige Sitze, die ebenfalls mit Vetorecht ausgestattet sind. Dadurch würde die Ohnmacht des Rates noch verschärft.

Der deutsche Anspruch auf einen eigenen ständigen Sitz dagegen ist aus der Zeit gefallen und trifft ebenso wie entsprechende Forderungen der anderen G4-Verbündeten Brasilien, Indien und Japan auf deutliche Gegenwehr der sogenannten Konsensgruppe um Argentinien, Italien und Pakistan. Deutschland sollte nur einen gemeinsamen EU-Sitz anstreben. Das Auswärtige Amt argumentiert, dies sei nicht so einfach, weil die UN-Charta keine Mitgliedschaft für Regionalorganisationen wie die EU vorsehe. Es ist aber nicht ersichtlich, warum die Charta nicht in diesem Sinne geändert werden könnte.

Eine bessere Repräsentation der UN-Mitgliedstaaten im Rat anzustreben, ist prinzipiell wichtig und bedient legitime Interessen. Allerdings gleicht dieses Vorhaben dem sprichwörtlichen Stühlerücken auf der Titanic. Der notwendigen Abschaffung des Vetorechts steht aber eine entscheidende Hürde entgegen: Sie erfordert eine Änderung der UN-Charta, die nach den Artikeln 108 und 109 Absatz 2 wiederum selbst einer Zustimmung aller P5 bedarf. Ihre Selbstentmachtung ist jedoch derzeit kaum vorstellbar.

Historisch war das Veto im Sicherheitsrat der Preis, den die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs für ihre Mitgründung der UN verlangt haben, insbesondere die Sowjetunion und die USA. Aber nur der Rat kann völkerrechtlich verbindliche Zwangsmaßnahmen beschließen.

Historisch war das Veto im Sicherheitsrat der Preis, den die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs für ihre Mitgründung der UN verlangt haben, insbesondere die Sowjetunion und die USA.

Manche sind der Auffassung, dass dies geholfen habe, einen dritten Weltkrieg zwischen den nuklearen Großmächten zu verhindern. Der 1961 gestorbene damalige UN-Generalsekretär Dag Hammarsjköld meinte etwa, die UN seien nicht gegründet worden, um die Menschheit in den Himmel zu führen, sondern um sie vor der Hölle auf Erden zu bewahren. Dabei dachte er ohne Zweifel an einen Atomkrieg, wie er nun von Russland angedroht wird.

Das Veto ist jedoch nur ein Element in der Friedenskonzeption der UN-Charta. Der Sicherheitsrat sollte umfassende Maßnahmen zur stetigen Abrüstung und zur Rüstungsregulierung vornehmen. Dem Rat sollten ursprünglich nationale Streitkräfte unterstellt werden, um ihn nötigenfalls militärisch handlungsfähig zu machen. Dafür sollte es einen gemeinsamen Generalstabsausschuss der P5 geben. Nichts davon wurde umgesetzt.

Selbst dann wäre es nicht ausreichend. Albert Einstein, Thomas Mann und viele andere prominente Kritiker wie Robert Oppenheimer wiesen nach den Atomschlägen gegen Nagasaki und Hiroshima darauf hin, dass das ganze Konzept der UN-Charta auf überholten politischen Vorstellungen beruhe. Da sie die „absolute Souveränität der rivalisierenden Nationalstaaten" erhalte, werde die UN-Charta mit Glück eine Generation, vielleicht ein Jahrhundert überdauern. Dem Atomzeitalter werde sie nicht gerecht. „Wir müssen eine föderale Verfassung der Welt anstreben, eine funktionierende, weltweite Rechtsordnung, wenn wir hoffen wollen, einen Atomkrieg zu verhindern", schrieben sie.

Mit oder ohne Vetorecht ist eine direkte Konfrontation zwischen den Nuklearmächten ein möglicher Schritt zu einem Atomkrieg. Eine Ordnung, die auf nuklearer Erpressung beruht, ist jedoch Tyrannei. Der Preis, der 1945 gezahlt wurde, ist zu hoch. In Form von Völkermord, Krieg und Massenverbrechen ist die Hölle auf Erden nach Gründung der UN für Millionen von Menschen bittere Wirklichkeit geworden. Die UN hätten in die Lage versetzt werden müssen, das Versprechen des „Nie wieder!" einzulösen.

Dabei ist zu bedenken, dass das Vetorecht nur als vorübergehender Kompromiss in der Charta verankert wurde. In Artikel 109 kann man nachlesen, dass bis 1955 eine Konferenz zur Überprüfung der Charta vorgesehen war. Zur Zeit des Kalten Krieges gab es für eine Generalkonferenz politisch keine Chance und nach seinem Ende wurde die Gelegenheit für einen Neuanfang nicht genutzt. Wenn diese Chance wiederkommt, muss sie vehement ergriffen werden.

Es bedarf nicht nur einer Beseitigung des Vetorechts. Kern einer neuen UN sollte ein Zweiklang aus einer Generalversammlung mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierungen und einer von der Weltbevölkerung gewählten parlamentarischen Versammlung sein. Die Aufgaben des heutigen Sicherheitsrates kann ein gemeinsamer Sicherheitsausschuss übernehmen.

In der gegenwärtigen Lage ist eine Stärkung der Generalversammlung angezeigt. Sie hat sich nach dem sogenannten Prinzip „Uniting for Peace" die Kompetenz vorbehalten, selbst Beschlüsse zu treffen, wenn der Sicherheitsrat aufgrund der Uneinigkeit der P5 handlungsunfähig ist. So hat eine Sondertagung den russischen Angriffskrieg am 2. März 2022 mit einer Zweidrittelmehrheit verurteilt. Anders als der Sicherheitsrat könnte sie zwar keine verbindlichen Zwangsmaßnahmen beschließen, solche aber empfehlen. Die Umsetzung läge im Ermessen der Mitgliedstaaten. Eine Koalition der Willigen hätte auf dieser Basis aber die Zustimmung der Weltgemeinschaft und völkerrechtliche Legitimation. Ein militärisches Eingreifen ist aufgrund des Eskalationsrisikos kaum denkbar, ebenso wenig der Einsatz von UN-Friedenstruppen gegen den Willen Russlands. Die Empfehlung wirtschaftlicher und anderer Sanktionen gegen die Russische Föderation, wie sie von den Ländern des Westens und Japans beschlossen wurden, liegt jedoch im Bereich des Möglichen. Ein solcher Beschluss wäre ein wichtiger politischer Erfolg, praktisch aber nur dann von Bedeutung, wenn sich in der Folge weitere Länder tatsächlich zu Sanktionen entscheiden, insbesondere Indien und China. Ob diese dazu bewegt werden können, ist fraglich. Waffenlieferungen sind die unmittelbarste Maßnahme, um die Ukraine bei der Ausübung ihres Selbstverteidigungsrechts zu unterstützen.

Eine bessere Repräsentation der UN-Mitgliedstaaten im Rat anzustreben ist prinzipiell wichtig und bedient legitime Interessen. Allerdings gleicht dieses Vorhaben dem sprichwörtlichen Stühlerücken auf der Titanic.

Der Ausschluss Russlands aus dem Menschenrechtsrat, den die Vollversammlung am 7. April 2022 beschlossen hat, war ein weiteres bedeutendes Signal. In einem nächsten Schritt könnte die Versammlung sogar beschließen, Russlands Mitwirkung an ihrer Arbeit zu suspendieren. Ein Präzedenzfall dazu ist die Suspendierung Südafrikas von 1974 bis 1994 aufgrund der Apartheid-Politik. Ob es dem Weltfrieden dienen würde, sei dahingestellt, aber die größtmögliche nächste Eskalation bestünde aus einer vollständigen Suspendierung der UN-Mitgliedschaft und somit auch der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat. Dies hat es jedoch noch nie gegeben und ein solcher Beschluss müsste vom Sicherheitsrat mitgetragen werden. Da Russland selbst betroffen wäre, könnte sich die UN über ein Veto Russlands in diesem Fall vielleicht hinwegsetzen. Über ein mögliches Veto Chinas jedoch nicht. Dieses Szenario kommt daher nur in Frage, wenn Russland beispielsweise Massenvernichtungswaffen einsetzt. Dazu wird es hoffentlich niemals kommen.

Selbst wenn es eine Resolution der UN-Mitglieder gegen die P5 gäbe, etwa indem sich die Vollversammlung weigert, weitere nicht ständige Mitglieder in den Rat zu wählen, wodurch dieser jede Legitimation verlieren würde, bleibt es bei dem Dilemma, wie mit Völkerrechtsverstößen durch Nuklearmächte umzugehen ist. Die einzige Lösung liegt in vollständiger nuklearer Abrüstung mit einem Umbau der UN und deren Voraussetzung ist eine Demokratisierung auch in Russland und China. Aus einem russischen Gefängnis meldete sich am 15. April 2022 der Oppositionelle Vladimir Kara-Murza zu Wort: „Die Nacht ist bekanntlich am dunkelsten, kurz bevor es hell wird." /

Andreas Bummel
ist Geschäftsführer von Democracy Without Borders und Mitglied von Mehr Demokratie.
www.democracywithoutborders.org

„Sprechen und Zuhören" – Ein neues Format bei Mehr Demokratie

Wenn aus der Krise heraus etwas Neues entsteht – ein Bericht von Anne Dänner

Den Anstoß gab Corona: Die Pandemie hat uns als Gesellschaft nicht nur medizinisch, organisatorisch und politisch auf die Probe gestellt. Sie hat auch Beziehungen verändert. Bindungen und Zugehörigkeiten, die vorher klar schienen, waren plötzlich ganz anders. Während die einen im Lockdown förmlich aufeinandersaßen, hatten die anderen kaum noch direkten Kontakt zu Mitmenschen.

Fragen wie „Wie schlimm/gefährlich ist Corona?", „Ist eine Impfung sinnvoll?", „Wie weit sollten wir uns einschränken/Rücksicht nehmen?" haben Freundschaften und Familienbindungen auf eine Belastungsprobe gestellt. Viele Menschen haben solche Fragen im Bekanntenkreis oder Arbeitsumfeld irgendwann gar nicht mehr angesprochen, aus Sorge vor den Reaktionen, aus Genervtheit oder schlicht aus Resignation. Die ersten Gesprächsräume für Mitglieder, die Mehr Demokratie 2020 anbot, hatten somit eine regelrechte Ventil-Funktion. Endlich das aussprechen können, was einen bewegt! Wichtig waren hierbei der klare Rahmen, eine achtsame Einleitung und Moderation, die eine Eskalation verhinderten.

> „Ich kann mich viel besser konzentrieren [als bei normalen Diskussionsveranstaltungen]. Es fallen nicht immer so viele Diskussionshinweise."

Dem Schweigen etwas entgegensetzen

Auch im Mitarbeitenden-Team haben wir Ende 2021 eine gewisse Corona-Sprachlosigkeit und Diskussions-Ermüdung festgestellt. Das ging so weit, dass sich Menschen fragten, ob sie bei Mehr Demokratie „noch richtig seien". Doch statt uns anzuschweigen oder uns über den internen Messenger-Kanal mit Argumenten zu bombardieren, haben wir einen Online-Raum geöffnet, wo alle, die wollten, sich in die Augen schauen und ihre ganz persönliche Sicht auf die Pandemie teilen konnten. Ohne dass bewertet und kommentiert oder wegargumentiert wurde. Am Schluss hatten sich die Positionen nicht unbedingt angenähert, aber das Verständnis und Gespür für die Position der anderen waren gewachsen – und die Meinungsverschiedenheiten somit auch leichter auszuhalten.

Anfang dieses Jahres entstand die Idee, das Format auch im Kreis unserer Mitglieder sowie Interessentinnen und Inter-

essenten anzubieten. Wichtig war uns, dass dabei bestimmte Regeln gelten: Jede bzw. jeder spricht von sich. Jede Person hat gleich viel Redezeit und die anderen hören währenddessen zu. Kommentiert, bewertet oder argumentiert wird nicht.

Emotionen bestimmen unser Alltagshandeln

Wir haben uns ganz bewusst entschlossen, die an dieser Stelle bei Mehr Demokratie so geschätzte und gut eingeübte Fakten-Debatte zunächst einmal nicht zu führen. Nicht, weil sie nicht wichtig wäre. Sondern weil sie nur einen Teil der Realität beleuchtet und ein anderer Teil, nämlich das „Gefühlte", dem gegenüber noch recht unterbelichtet, aber ebenso wichtig ist. „Ausgerechnet die Wissenschaft selbst hat in den vergangenen Jahren ein ums andere Mal belegt, dass Menschen ihre Urteile und Ansichten von der Welt gar nicht auf der Basis einer gesicherten Faktenlage und guter Argumente bilden.

„Er hat ja gerade gesagt: Ich traue mich das eigentlich nicht zu sagen. Und doch! Wir sagen es. Vielleicht ist genau das unsere Aufgabe, dass wir sprechen […], dass wir unsere Sorgen und Ängste aussprechen."

Statt an der Vernunft orientieren sie sich lieber an ihrem Umfeld, an dem, was ihre moralischen oder religiösen Überzeugungen nahelegen, oder schlicht an ihrem ‚Bauchgefühl'", schreiben Maximilian Probst und Ulrich Schnabel in der ZEIT.[1] Viele Ansätze in den Kultur- und Sozialwissenschaften, der Philosophie und der Psychologie gehen davon aus, dass die Welt durch unterschiedliche „Brillen" verschieden wahrgenommen wird und so je nach Beobachter auch unterschiedliche Realitäten entstehen. Doch die Erkenntnis, dass es statt „objektiv richtig" und „objektiv falsch" bei vielen Fragen Abstufungen und Varianten gibt, spielt in unserer Alltagswahrnehmung oft keine Rolle. Probst und Schnabel schreiben dazu: „Entscheidend für die richtige Kommunikation ist auch die Unterscheidung des ‚schnellen' und des ‚langsamen Denkens', die wir dem Kognitionspsychologen Daniel Kahneman verdanken. Das schnelle Denksystem ist intuitiv, automatisch und gefühlsgesteuert, das andere hingegen rational, gründlich und eher anstrengend. Wissenschaftler appellieren fast ausnahmslos an das zweite, ‚langsame' Denksystem; schließlich entspricht dies genau ihrer Methodik mit Messungen, Theorien und Diskussionen, aus denen sich allmählich ein Konsens herausschält. Im Alltag hingegen agieren die meisten Menschen im schnellen Denkmodus."

„Was wir jetzt tun, ist schon wunderbar. Und ich glaube, dass es hilft."

Die Herausforderung: Gefühl und Fakten zusammenbringen

Demokratie heißt: Wir müssen es irgendwie hinbekommen, uns im politischen Diskurs zu einigen. Dabei sind zwei Annahmen hilfreich: 1. Wir erkennen an, dass die Welt durch andere Brillen anders aussehen kann als durch unsere eigene. 2. Wir lassen den Gedanken zu, dass es bei den meisten Themen statt „schwarz = falsch" und „weiß = richtig" viele Graustufen gibt. Dieses Anerkennen ist aber wie oben beschrieben eben kein rein intellektueller Vorgang, es muss auch erfahrbar sein und gefühlt werden können. Dafür brauchen wir Räume und Werkzeuge. Fragen wie „Wie geht es mir mit der Klimakrise?" „Was lösen die Bilder aus der Ukraine bei mir aus?" scheinen auf den ersten Blick vielleicht nebensächlich, wenn man doch auch über die Anzahl der gelieferten Panzer oder Vorschläge für Wirtschaftssanktionen sprechen könnte.

Auch im politischen Feld läuft die Kommunikation oft noch so ab, dass eine Person den anderen erklärt, was sie verstanden und herausgefunden hat. Im Gegensatz dazu bringen (so der oben zitierte ZEIT-Beitrag) gute Dialoge „Menschen so ins Gespräch miteinander, dass sie voneinander lernen. Selbst wer meint, etwas besser zu wissen, respektiert im Dialog sein Gegenüber als Menschen mit eigenen Emotionen, Interessen und Unsicherheiten. Auf diese Weise gelingt Verständigung besser als nach dem Informationsdefizit-Modell." Anders gesagt: Erst wenn wir uns gegenseitig mit allen Denkweisen und Gefühlen wahrnehmen und akzeptieren, erhalten wir eine stabile Basis, um Debatten zu führen, Argumente auszutauschen und nach Lösungen zu suchen. Das Format „Sprechen und Zuhören" kann man demnach als eine Art Grundlagenforschung für eine besser funktionierende Demokratie verstehen. ▸

„Aus jedem Online-Angebot bin ich ein Stück ermutigt und gestärkt herausgegangen. Ich hatte jedes Mal das Gefühl, viele Gleichgesinnte um mich zu wissen […]"

1 www.zeit.de/2022/17/wissenschaft-kommunikation-oeffentlichkeit-medienkompetenz

Zuhören: Eine eigene Art von Friedensarbeit

Während wir noch ganz bewegt von den positiven Reaktionen auf den ersten Gesprächsraum waren, hat uns die Geschichte rechts überholt: Putins Einmarsch in die Ukraine hat viele Menschen überrascht und die Welt in ihrer Wahrnehmung über Nacht verändert. Schnell kam die Frage auf: „Wie sollten wir als Demokratie-Verein angemessen auf die Ukraine-Krise reagieren? Und bald folgte die schmerzhafte Erkenntnis: Auf die direkte Situation in der Ukraine und auch in Russland haben wir kaum Einfluss. Und doch ist es nicht egal, wie wir als Demokratie-Verfechterinnen und -Verfechter uns jetzt aufstellen. Das Naheliegendste schien uns, unser neues Format auch auf die neue Krise anzuwenden: Denn einander zuhören, in Kontakt und im Gespräch bleiben, auch wenn die „andere" Position manchmal schwer auszuhalten ist, fördert den inneren und äußeren Frieden.

„Es ist berührend, dass wir hier als Fremde so miteinander sprechen können."

Diese Art von Friedensarbeit zu unterstützen, ist eine Aufgabe für Mehr Demokratie – nicht nur in Bezug auf den Krieg in der Ukraine, sondern auch mit Blick auf Corona, die ständig im Hintergrund schwelende Klimakrise, Ungleichheit usw. Denn die Auswirkungen der sich überlagernden Krisen spüren wir hier und jetzt, in Familien, Freundeskreisen, Arbeitsumfeld und politischen Debatten. Je rauer der Ton und je unversöhnlicher die Positionen, desto schwieriger wird das Ringen um Lösungen.

Ganz akut begleitet uns der Krieg in der Ukraine mit schrecklichen Bildern und Berichten, bald werden vielleicht wieder Hochwasser und Waldbrände hinzukommen. Auf der rationalen Ebene tauschen wir Argumente aus, ringen um Lösungen und geeignete Instrumente. Aber auch emotional müssen wir mit dem Geschehen umgehen: Was lösen die aktuellen Ereignisse und Erkenntnisse in uns aus? Wie kommen wir klar in einer Welt, die nie mehr so „in Ordnung" sein wird, wie wir uns das wünschen?

Schritt 1: Einen stabilen Boden schaffen

Der Austausch darüber ist vielleicht kein direkter Hebel, um Probleme zu lösen. Aber er bildet einen stabilen Boden, auf dem wir solche Hebel gemeinsam bauen und bedienen können. Wenn dieser Boden nicht vorhanden ist oder schwankt, haben wir noch mehr Probleme als ohnehin schon. Ist er dagegen stabil, sind wir resilienter, das heißt, wir können auch unter dem Druck der aktuellen Herausforderungen so handeln, wie es unseren Werten entspricht.

Sechs Gesprächsräume, zunächst zum Thema Corona und dann zum Ukraine-Konflikt, haben bereits stattgefunden. Die Resonanz der zwischen 40 und 130 Teilnehmenden war sehr positiv. Und wir lernen dabei unglaublich viel. Mit jedem Treffen entwickeln wir das Format etwas weiter, passen Kleinigkeiten an, bauen neue Elemente ein, ändern die Moderation etwas ab.

„Es ist [gerade in Corona-Zeiten] wie ein Fest, wenn man sich einfach trifft."

Jeder einzelne Mensch macht einen Unterschied

Besonders lehrreich ist für mich bisher folgende Erfahrung: Es kommt tatsächlich auf jeden einzelnen Menschen an. Die Ansichten und Energie, die ein einzelner Mensch in seiner Kleingruppe oder auch in der großen Runde teilt, können alles verändern. Wenn nur eine Person im Raum ist, die ausschließlich negativ und pessimistisch spricht, wirkt sich das auf die anderen aus. Sie resignieren oder gehen in den Widerstand. Auf der anderen Seite sind es manchmal einzelne Sätze oder Gedanken, die eine ganze Gruppe inspirieren und wieder viele weitere Lösungsansätze erzeugen. Wenn man sich nun vorstellt, dass jeder einzelne Mensch, der an einem Gesprächsraum teilnimmt, auch danach in sein Umfeld hineinwirkt, in Deutschland und vielleicht darüber hinaus ..., was für eine Kraft kann da entstehen.

Dazu ein kleines Gedankenexperiment: Nehmen wir das Pandemie-Gefühl und kehren es ins Positive um. Jeden Menschen, dem man begegnet, kann man potenziell anstecken und man kann auch von ihm angesteckt werden – und zwar mit einer neuen Idee, einem anderen Blickwinkel oder ganz einfach mit Empathie. Wenn sich ein Virus exponentiell verbreiten kann, warum dann nicht auch neue Denkweisen und innere Haltungen? /

„Sprechen und Zuhören" wird getragen und weiterentwickelt von: Susanne Socher, Steffen Krenzer, Anselm Renn, Anne Dänner und weiteren Mitarbeitenden von Mehr Demokratie je nach Thema.

www.mehr-demokratie.de/service-beratung/sprechen-und-zuhoeren

Anne Dänner
Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit bei Mehr Demokratie.

„Oh Gott, das kann ich nicht“

Perspektiven für eine Weiterentwicklung von Bürgerräten – vorgestellt von Thorsten Sterk

Was hat weniger Einwohnerinnen und Einwohner als das Saarland, aber trotzdem den Status eines Bundeslandes? Die Deutschsprachige Gemeinschaft (DG) in Ostbelgien! In der Weltpolitik unbedeutend, ist die Region um die Stadt Eupen mit ihren rund 78.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in einer Sache doch Vorbild für die Welt. Es gibt dort nämlich den weltweit ersten ständigen Bürgerrat.

Das Besondere am sogenannten „Bürgerdialog Ostbelgien“ ist, dass er eine gesetzliche Grundlage hat. Während andere Bürgerräte aufgrund von Einzelbeschlüssen von Parlamenten oder Regierungen durchgeführt werden, läuft der Bürgerdialog permanent. Dabei genießt er zudem viel Unabhängigkeit. Über Themen, Verfahren und die einzuladenden Expertinnen und Experten wird selbstständig entschieden. Regierung, Parlament, Fraktionen sowie mindestens 100 Bürgerinnen und Bürger können Themenvorschläge einreichen. Beim Bürgerdialog mitmachen können alle Einwohnerinnen und Einwohner, die mindestens 16 Jahre alt und keine Politikerinnen oder Politiker sind. Für die Teilnahme erhalten die Bürgerdialog-Mitglieder eine Entlohnung.

Mechthild Neuens ist 64 Jahre alt. Sie wurde 2020 für die Teilnahme an einer Bürgerversammlung zum Thema Pflege ausgelost. Heute ist sie Vorsitzende des Bürgerrates. So heißt das Gremium, das die Bürgerversammlungen vorbereitet. Diese sind aus 25 bis 50 Bürgerinnen und Bürgern zusammengesetzt. Der Bürgerrat bestimmt auch die Fragen, mit denen die Bürgerversammlung sich befasst.

Das 24-köpfige Bürgerrat-Gremium besteht aus ehemaligen Mitgliedern der Bürgerversammlung, die für dieses Amt aus deren Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgelost werden. Außerdem hat der Bürgerrat die Aufgabe, die Umsetzung der Empfehlungen der Bürgerversammlungen durch das Parlament zu begleiten. Auch informiert er die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerversammlungen sowie die Öffentlichkeit darüber. Dazu hat der Bürgerrat ein an das Parlament angebundenes Sekretariat, das die tatsächliche Organisationsarbeit leistet.

„Wenn man die Geschehnisse in der Ukraine jetzt beobachtet, ist Demokratie ▸

Foto: PDG/CK

nicht selbstverständlich", erklärt Neuens ihr Engagement im Bürgerrat. „Nur zusammen, wenn wir stets am Ball bleiben, glaube ich, hat die Demokratie langfristig eine Chance in der Welt", sagt sie.

Ihr Wirken in der Bürgerversammlung war von Erfolg gekrönt. Das Parlament hat fünf Vorschläge ihrer Bürgerversammlung übernommen. Darunter den für mehr Mitbestimmung für Angehörige der Bewohnerinnen und Bewohner von Seniorenheimen. Es wurde gesetzlich verankert, dass jedes Seniorenheim einen Angehörigenrat ins Leben rufen muss.

Jana Hengis ist 30 Jahre alt und studiert in Aachen. „Oh Gott, das kann ich nicht", war der erste Gedanke von Hengis, als sie 2020 die Einladung zu einer Bürgerversammlung erhielt, nachdem das Los auf sie gefallen war. Aber dann hat sie sich doch entschieden, mitzumachen. Was hat sie gelernt? „Man braucht Durchhaltevermögen. Man sieht an den Prozessen: Das dauert." So wurde das 2020 begonnene Verfahren der Bürgerversammlung zum Thema Pflege – auch coronabedingt – erst 2022 abgeschlossen.

Antonios Antoniadis ist Minister für Familie, Gesundheit und Soziales der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dem Bürgerdialog stand er zunächst skeptisch gegenüber. Aber er hat seine Meinung geändert. „Durch den Dialog haben wir gelernt, dass sehr viele Dinge, die man für selbstverständlich hält, nicht selbstverständlich sind. Dass wir vielleicht auch anfangen müssen, anders zu kommunizieren", so der Minister.

Begonnen hatte die Geschichte des Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits im Herbst 2017. Seinerzeit hatte das Parlament als eine Art Pilotprojekt einen Bürgerdialog zum Thema „Kinderbetreuung" organisiert. Bestärkt durch das positive Echo der Beteiligten entstand die Idee, aus dieser einmaligen Initiative etwas Beständigeres zu machen.

Nach einem Austausch mit Fachleuten und Abgeordneten der Parlamentsfraktionen wurde ein Modell der permanenten Bürgerbeteiligung ausgearbeitet – das sogenannte „Ostbelgien-Modell". Auf Grundlage dieses Modells arbeitete das Parlament einen Gesetzentwurf aus und verabschiedete im Februar 2019 das Gesetz zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs. Seitdem standen neben dem Thema Pflege auch inklusive Bildung und das Thema „Wohnen für alle" auf den Tagesordnungen der Bürgerversammlungen.

Heute gilt das Ostbelgien-Modell weltweit als vorbildlich. Viele Interessenten aus anderen Ländern geben sich die Klinke in die Hand, um sich die Sache vor Ort anzuschauen und davon zu

Zufällig geloste Bürgerinnen und Bürger in Ostbelgien

„Nur zusammen, wenn wir stets am Ball bleiben, glaube ich, hat die Demokratie langfristig eine Chance in der Welt."

Mechthild Neuens

lernen. Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der EU-Kommission, ließ sich 2020 bei einem Besuch in Eupen vom Bürgerdialog inspirieren. „Er ist das Saatkorn für die Konferenz zur Zukunft Europas", so die Kommissarin, die in der EU für Demokratiefragen zuständig ist. Ergebnis: Vier zufällig geloste Bürgerforen waren Bestandteil der am 9. Mai 2022 nach einem Jahr beendeten EU-Zukunftskonferenz.

Neben der Deutschsprachigen Gemeinschaft inspirieren auch die Parlamente der Region Brüssel-Haupstadt mit einem Experiment in Sachen Losdemokratie. Dort arbeiten Abgeordnete mit gelosten Bürgerinnen und Bürgern in eigenen Parlamentsausschüssen zusammen. Jeder beratende Ausschuss besteht zu einem Viertel aus Abgeordneten, die aus dem für das gewählte Thema zuständigen Parlamentsausschuss kommen, und zu drei Vierteln aus gelosten Bürgerinnen und Bürgern.

Jeder dieser Ausschüsse beginnt mit einem Thema, das aus einem Bürgervorschlag hervorgehen kann, der von 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern über 16 Jahren der Stadt Brüssel unterstützt wird, oder durch einen Vorschlag von Brüsseler Abgeordneten.

Nach der Entscheidung des Parlaments, sich mit einem Thema zu befassen, werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den entsprechenden gemischten Ausschuss zufällig aus der Bevölkerung ausgelost. Aus den Bewerbungen werden die gelosten Ausschuss-Mitglieder so ausgewählt, dass sie nach Kriterien wie Geschlecht, Bildung und Wohnort ein Abbild der Brüsseler Bevölkerung sind.

Die Abgeordneten des für das Thema zuständigen Ausschusses sorgen dafür, dass die Empfehlungen der beratenden Ausschüsse innerhalb von neun Monaten nach ihrer Annahme weiterbehandelt werden. Die Brüsseler Regierung hat sich ebenfalls zu einer solchen Weiterbehandlung verpflichtet. Nach neun Monaten werden die Bürgerinnen und Bürger, die am beratenden Ausschuss teilgenommen haben, zu einem Treffen eingeladen, bei dem die ergriffenen Folgemaßnahmen vorgestellt werden. Wenn Empfehlungen nicht weiterverfolgt wurden, muss dies begründet werden.

Es gab bisher drei beratende Ausschüsse, die sich mit den Kriterien für die Einführung des Mobilfunkstandards 5G in der Region Brüssel-Hauptstadt, mit der Unterbringung von Obdachlosen in der Region Brüssel-Hauptstadt und damit befasst haben, wie Bürgerinnen und Bürger in die Bewältigung einer Krise einbezogen werden können.

Derweil hat sich in Deutschland die Stadt Aachen als erste Kommune vom ostbelgischen Modell begeistern lassen. Am 30. März 2022 hat der dortige Stadtrat für einen ständigen Bürgerrat nach ostbelgischem Vorbild gestimmt. Dafür gesorgt hat die Initiative „Bürgerrat für Aachen", die es geschafft hat, Politik und Verwaltung von diesem Beteiligungskonzept zu überzeugen. Das Aachener Bürgerrat-Konzept wurde in einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Initiative, des Bürgerforums, des städtischen Fachbereichs Bürgerdialog und Verwaltungsleitung sowie der Ratsfraktionen erarbeitet.

Gereon Hermens und Frank Sukkau von der Initiative „Bürgerrat für Aachen" finden es wichtig, den Auswahlprozess für den künftigen Bürgerrat so zu gestalten, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner von Aachen sich vertreten fühlen. Hermens und Sukkau stellen eine zunehmende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung fest. Beide sehen im Bürgerrat die Chance, für mehr Beteiligung auf breiter Ebene zu sorgen.

In Aachen soll der erste Bürgerrat nun 2023 stattfinden. Ein Vorbild auch für andere deutsche Kommunen. /

Mehr Informationen
www.buergerrat.de

Mehr Informationen
www.buergerrat-aachen.de

Thorsten Sterk
ist Bürgerrat-Projektmitarbeiter bei Mehr Demokratie.

Fotos: PDG/CK

Jetzt geht's los!

Der Bundestag schafft den Rahmen für Bürgerräte

Seit Anfang Mai ist es offiziell: Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) erklärte in den Medien, dass der Bundestag zufällig geloste Bürgerräte auf den Weg bringen will. „Wir haben gerade im Ältestenrat entschieden, dass jetzt mit einer Ausschreibung zur Durchführung von Bürgerräten begonnen werden kann", sagte die SPD-Politikerin der Augsburger Allgemeinen vom 03.05.2022. Die Räte sollen zu konkreten Fragen tagen und Handlungsempfehlungen erarbeiten, mit denen sich der Bundestag befassen soll. „Die Fraktionen beraten nun, welches Thema wir wählen und wie wir mit den Ergebnissen danach im Parlament und gegenüber der Bundesregierung umgehen", sagte Bas. Schon Ende 2022 sei der erste vom Bundestag beauftragte Bürgerrat denkbar. Sie wolle an die Modellprojekte ihres CDU-Amtsvorgängers Wolfgang Schäuble (CDU) anknüpfen, in dessen Amtszeit jeweils 160 ausgeloste Bürgerinnen und Bürger zu Themen wie Demokratie, Klima oder Deutschlands Rolle in der Welt Handlungsempfehlungen für den Bundestag erarbeitet hatten.

Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, Bürgerräte zu konkreten Fragen durch den Bundestag einzusetzen und zu organisieren. Der Bundestag soll sich mit den Ergebnissen befassen. „Der Bundestag knüpft an seine positiven Erfahrungen mit dem Bürgerrat ‚Deutschlands Rolle in der Welt an'", sagt Vorstandssprecherin Claudine Nierth. Die jahrelange Überzeugungsarbeit von Mehr Demokratie und Partnern trägt jetzt Früchte.

Jetzt geht es auch darum, die Kriterien für ein Gelingen festzulegen und entsprechend umzusetzen. Dafür hat Mehr Demokratie gemeinsam mit wissenschaftlichen und Beteiligungs-Instituten Empfehlungen erarbeitet – abgeleitet aus den bisherigen Praxiserfahrungen.

Empfehlungen zur Erprobung und Einsetzung von Bürgerräten durch den Deutschen Bundestag

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird formuliert: „Wir wollen die Entscheidungsfindung verbessern, indem wir neue Formen des Bürgerdialogs wie etwa Bürgerräte nutzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben. Wir werden Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen durch den Bundestag einsetzen und organisieren. Dabei werden wir auf gleichberechtigte Teilhabe achten. Eine Befassung des Bundestages mit den Ergebnissen wird sichergestellt."

Zur Umsetzung dieses Vorhabens schlagen wir vor:

1. Bürgerräte als lernendes Verfahren – Erprobungsphase

Zunächst wird nur der mindestnotwendige rechtliche Rahmen zur Einsetzung von losbasierten Bürgerräten und zur adäquaten Behandlung seiner Ergebnisse geschaffen. Bürgerräte sollten als offenes Modell begriffen werden und nicht zu schnell standardisiert und fixiert werden.

In dieser Legislaturperiode könnten realistischerweise maximal vier Bürgerräte durchgeführt werden, wobei darauf zu achten wäre, dass der letzte Prozess nicht zu knapp vor der nächsten Bundestagswahl stattfindet, damit die Ergebnisse auch noch aufgegriffen werden könnten. In dieser Phase könnten verschiedene Designs von Bürgerräten und weitere innovative Elemente erprobt werden. Die jeweiligen Formate müssen an das zu bearbeitende Thema angepasst werden können.

Parallel dazu könnten die Erfahrungen ausgewertet werden und in eine Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags oder in ein neues Bürgerrats- oder Beteiligungsgesetz münden. Insofern sollte neben der Runde der Berichterstatterinnen und Berichterstatter für Bürgerräte auch der 1. Ausschuss eingebunden sein.

2. Verfahrensbeschluss zu Bürgerräten im Ältestenrat

Zunächst sollte im Ältestenrat ein allgemeiner Beschluss angestrebt werden, der das Verfahren zur Einsetzung, Durchführung und Befassung mit den Ergebnissen von Bürgerräten regelt. Darin sollte insbesondere Folgendes geregelt werden:

a) **Der Verfahrensablauf:**

a. Bürgerräte werden per Beschluss im Plenum des Bundestags eingesetzt.
b. Bereits im Einsetzungsbeschluss wird anhand der Fragestellung festgelegt, welcher Ausschuss für die spätere Bearbeitung der Ergebnisse des Bürgerrats zuständig ist.
c. Nach der Durchführung des Bürgerrats werden die erarbeiteten Empfehlungen (das Bürgergutachten) der Bundestagspräsidentin übergeben.
d. Das Präsidium leitet in die Wege, dass das Bürgergutachten als Bundestags-Drucksache auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt wird.

►

Foto: Robert Boden

e. Das Plenum berät das Bürgergutachten und leitet es (ggf. auch ohne Beratung) an einen zuständigen oder federführenden Ausschuss zur Befassung weiter.
f. Der bzw. die zuständigen Ausschüsse entscheiden selbstständig, ob eine Anhörung zu den Ergebnissen des Bürgerrates erfolgt und ob ggf. auch Vertreterinnen und Vertreter des Bürgerrates dazu eingeladen werden.
g. Die weitere Behandlung erfolgt nach den üblichen parlamentarischen Routinen. So kann zum Beispiel dem Plenum vorgeschlagen werden, dass die Bundesregierung beauftragt wird, zu bestimmten Aspekten des Bürgergutachtens einen Gesetzentwurf zu erarbeiten oder ein Konzept zu entwerfen etc.

b) Die Kriterien für geeignete Themen für Bürgerräte

a. Klar abgrenzbar und müssen in der Kompetenz des Deutschen Bundestages liegen.
b. Weder zu allgemein noch zu kleinteilig. Wenn zur Bearbeitung der Frage dauerhafte Untergruppen eingesetzt werden müssen, ist dies ein Hinweis, dass das gewählte Thema zu unspezifisch ist.
c. Aktuell und relevant. Die Beantwortung der Fragen muss sowohl für den Bundestag wie auch für die Bürgerinnen und Bürger von echtem Interesse sein.
d. Kontrovers. „Greifbare" Dilemmata verstärken auch die deliberative Prozessqualität.

c) Weitere Aspekte

a. Unabhängige Evaluation der Bürgerräte definieren, die perspektivisch von der Bundestagsverwaltung übernommen werden kann.
b. Gesamten Prozess mit Öffentlichkeitsarbeit begleiten.

3. Einsetzung des ersten Bürgerrates durch das Plenum

Nach dem Verfahrensbeschluss durch den Ältestenrat kann der erste Bürgerrat durch das Plenum des Deutschen Bundestags auf den Weg gebracht werden.

Hierbei sollten insbesondere die Kriterien für geeignete Themen beachtet werden, weil davon die Qualität und Sinnhaftigkeit des ganzen Beteiligungsprozesses abhängen. Können diese Kriterien bei Fragestellungen nicht hinreichend erfüllt werden, ist von einem Bürgerrat eher abzusehen.

4. Öffentlichkeit

Bei Bürgerräten auf Bundesebene sollte die Öffentlichkeitsarbeit als konstitutives Element verstanden werden. Bei guter Berichterstattung fühlen sich Teilnehmende noch ernster genommen und nehmen ihre Verantwortung noch stärker wahr. Das führt zu besseren Ergebnissen in der Beratung. Ebenso steigt auch die Bereitschaft zu der Teilnahme an Bürgerräten der Bürger und Bürgerinnen. Die Erfahrungen in Irland zeigen: Durch attraktive, niederschwellige, zeitgemäße Öffentlichkeitsarbeit kann der Diskussionsprozess im Bürgerrat auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene nachvollzogen werden.

5. Rolle des Petitionsausschusses

Grundsätzlich sind zwei Konstellationen bei der Initiierung von Bürgerräten zu unterscheiden. Die Initiierung durch das Parlament oder durch die Bürgerinnen und Bürger selbst. Im ersten Fall beauftragt der Bundestag einen Bürgerrat direkt und befasst sich im Wege der freiwilligen Selbstbindung anschließend mit den Ergebnissen. Sollten Bürgerräte zukünftig auch von Bürgerinnen und Bürgern initiiert werden können, wäre dafür der Petitionsausschuss auch aufgrund seiner digitalen Infrastruktur der geeignete Ausschuss, um die Empfehlungen entgegenzunehmen.

Von einer Art Gesamtzuständigkeit des Petitionsausschusses für Bürgerräte raten wir ab. Bürgerräte und (Massen-)Petitionen sind rechtlich unterschiedliche Verfahren. Wird ein Bürgerrat durch das Parlament initiiert, so handelt es sich nicht um einen offenen und autonomen Prozess, wie es Art. 17 GG fordert. Es könnte als Schwächung des grundrechtlich verbürgten Petitionsrechts verstanden werden, wenn das Bürgergutachten eines parlamentsinitiierten Bürgerrats verfahrensmäßig einer Petition gleichgestellt wird. Das Petitionsrecht ist ein Recht eines jeden Einwohners in Deutschland. Es hat meist appellativen Charakter oder umfasst eine Bitte um Abhilfe.

Ein Bürgerrat und dessen Gutachten sind damit nicht vergleichbar. Am ehesten vergleichbar ist ein Bürgerrat mit einer Expertenkommission, deren Empfehlungen eher in den Fachausschuss als in den Petitionsausschuss münden. Würden Bürgerratsgutachten nur im Petitionsausschuss bearbeitet, fehlte die Kompetenz der Fach-Ausschüsse. Auch für eine Art Clearingstelle für Bürgerräte ist der Petitionsausschuss nicht geeignet, da die meisten notwendigen Aktivitäten rund um Bürgerräte administrativer Natur sind und von der Bundestagsverwaltung erledigt werden. Vielmehr sollte die Beratung von Empfehlungen von Bürgerräten den üblichen parlamentarischen Abläufen folgen. /

Der Bericht des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages deckt sich in allen wesentlichen Punkten mit diesen Forderungen unseres Papiers:
www.bundestag.de/resource/blob/894386/9a7bd24fbc77fb379b22dc6e45982905/WD-3-022-22-pdf-data.pdf

Heike Pourian: „Wenn wir wieder wahrnehmen. Wach und spürend den Krisen unserer Zeit begegnen“

Eine Rezension von Lukas Keßler

„Unsere Kreatürlichkeit“

Wie könnte eine Gesellschaft aussehen, die wieder wahrnimmt? Dieser Frage geht Heike Pourian in „Wenn wir wieder wahrnehmen“ nach.

Das Sachbuch, das der Verein Ideen hoch drei herausgibt, ist gespickt mit autobiografischen Erzählungen. Die häufig komplexen Gedankengänge weiß die Autorin auf diese Weise anschaulich und verständlich darzulegen. Wissenschaftliche Begriffe und Fremdworte, aber auch vermeintlich klare Begrifflichkeiten wie „Sehnsucht“ werden von ihr ausführlich in ihrem Verständnis erläutert. Dass die Autorin größtenteils im Präsens schreibt, verleiht den stets kurzen, teils schon Jahre zurückliegenden Momentaufnahmen ein Gefühl des Dabeiseins. Die Buchgestaltung ist mit sehr viel Liebe zum Detail umgesetzt. Vermeintliche Kleinigkeiten, wie über die Website digital zugängliche Fußnoten, um Hyperlinks oder ein grafisches Beiheft zur optischen Veranschaulichung des Geschriebenen zu öffnen, zeugen von einem sehr gut durchdachten Gesamtkonzept. Kleine Freiräume und zusätzliche Seiten mit unterschiedlichen Aufforderungen, die eigenen Erfahrungen oder das eigene Verständnis darzulegen, laden dazu ein, sich seiner selbst bewusster zu werden.

Von der grundlegenden globalen Prämisse ausgehend – der gegenwärtigen Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen – zeigt Pourian auf, dass es einen radikalen gesellschaftlichen Wandel hin zu einer „wahrnehmenden Gesellschaft“ benötigt, um die menschliche Existenz zu sichern.

Entlang ihrer eigenen Erfahrung legt sie dar, dass strukturelle Gewalt beispielsweise im Schulsystem vorherrschen kann: Ein Klassenkamerad befindet sich in einer für ihn beschämenden und für alle unangenehmen Situation, da er bei einer Leistungsabfrage an die Tafel musste und keine Antwort geben konnte. Sie selbst durfte nicht helfen, es war ihr sogar verboten, wenngleich dies ihr innerster Wunsch war. Dieser eigenen Wahrnehmung zum Trotz hatte sie ihm damals nicht geholfen. Auf diese Situation bezieht sie sich stets zurück. Dieser anerzogene Gehorsam stünde dem eigenen Wahrnehmen entgegen. Trennung und Konkurrenz zwischen den Menschen und Entfremdung von sich selbst seien vorzufindende Folgeerscheinungen dieser strukturellen Gewalt. Diese dargestellte strukturelle Gewalt diagnostiziert sie anschaulich für verschiedene gesellschaftliche Bereiche.

Die Selbstentfremdung findet sich auch in der Unterdrückung der menschlichen Kreatürlichkeit, dem tierischen Ursprung des Menschen, wieder. Die Kreatürlichkeit ist durch die gesellschaftlich antrainierte Scham gehemmt, welche Pourian selbst in ihrer Kindheit von ihrem – für andere ungewöhnlich aussehenden – Tanzen in der Kindheit abgehalten hat, und damit zwischen ihr und dem Wahrnehmen stand.

Parallelen sieht sie auch in der Politik. Dort findet sie systematische Gewalt und Scham wieder. So gern Politikerinnen und Politiker in Ausschüssen, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich seien, ihre individuellen Meinungen teilen und debattieren, so angepasst seien sie durch die politische Struktur, wenn es um öffentliche Parlamentsdebatten gehe. Die Politikerinnen und Politiker würden durch Öffentlichkeit und Parteibeschlüsse zum Vertreten von Ansichten gebracht werden, die nicht unbedingt mit ihrer eigenen Meinung übereinstimmen. Diese Systematik würde Politikerinnen und Politiker daran hindern, gemeinsam gute Wege zu finden, und sie zu Konkurrenz und Getrenntsein zwingen. Mit ihren Beispielen legt Pourian dar, wie Transparenz und die Bereitschaft, sich zu sehr zu exponieren, miteinander abzuwägen sind.

Die Problematik ist somit deutlich, doch was schlägt Pourian vor, um diese ▸

Illustration: Sibylle Reichel

kollektiven Traumata struktureller Gewalt zu überwinden? Natürlich liege die Lösung in der bewussten Wahrnehmung, meint Pourian. Persönlich findet sie den Weg, sich wahrzunehmen, in der Contact Improvisation. Hierin lernt sie, ihre Kreatürlichkeit auszudrücken und ihrer innersten Sehnsucht nach Berührung nachzugehen. Contact Improvisation sei ein Tanz ohne feste Form. Der Tanz stelle „hohe Anforderungen an die Gegenwärtigkeit der Tanzenden. Bewegung entsteht aus dem Spiel mit physikalischen Kräften und mit Körperkontakt. Ein Zustand aktiven Wahrnehmens weist uns [den Tanzenden] den Weg", beschreibt Pourian (S. 180 f.).

Nachhaltig wirksam wird das Wahrnehmen jedoch erst, wenn der Weg dorthin ernsthafter und intensiver wird. Im Kontext der Contact Improvisation schreibt sie dazu: „Wir praktizieren etwas, und je ernsthafter wir es betreiben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es sich auflösen kann, weil es als Qualität in unsere Kultur eingeht" (S. 237). Von dieser Beschreibung des Tanzes zieht sie eine Parallele zur Demokratie. Sie möchte die Demokratie ausbauen, damit diese sich als Staatsform schlussendlich selbst abschafft und in eine vollkommene Anarchie übergeht. Wie dies vor sich geht, zeigt sie, indem sie den drei Gewalten – der Exekutive, der Legislative und der Judikative – eine „vierte Gewalt" zur Seite stellt. Nein, sie meint damit nicht die Medien, sondern den „stetigen Wandel". Die Mitbestimmung über Volksentscheide und Bürgerräte ist für sie hierbei nur eine erste Verbesserung innerhalb des politischen Systems. Auch die geloste Besetzung von Ämtern sei nur ein Zeichen größerer Ernsthaftigkeit des demokratischen Bestrebens. Schlussendlich würden alle in die Rolle des Souveräns hineinwachsen und politische Ämter würden obsolet. Prozesse der konsensualen Entscheidungsfindung könnten so in die Gesellschaft übergehen. Gesellschaftliche Gestaltung würde dann aus dem direkten Wahrnehmen heraus geschehen. Gesetze, die vorher einer imaginierten Sicherheit dienten, wären nicht mehr notwendig. Wahrnehmen und Vertrauen lösten sie ab, wodurch wahre Freiheit und echte Sicherheit entstünden.

www.wahrnehmen.org

Was bleibt vom Buch? Heike Pourian gewährt auf interessante Weise Einblick in eine komplexe Gedankenwelt um Gewalt, Trennung und Wahrnehmung.

Schlüssig legt sie dar, dass strukturelle Gewalt in vielen gesellschaftlichen Subsystemen vorherrscht. Dass sie die jeweiligen Systeme nicht in sich reformieren, sondern komplett abschaffen möchte, ist nur folgerichtig. Dennoch schießt sie teilweise über das Ziel hinaus, da positive Aspekte aktueller Subsysteme gar nicht vorkommen – als Beispiel kann hierfür die „westliche Medizin" genommen werden, die lediglich Symptome beheben könne. Mit solcher Undifferenziertheit beschneidet sie das Vertrauen in ihre Aussagen und ruft eine kritischere Lesart hervor.

Die von dem tänzerischen Wahrnehmen gezogene Parallele zur Überwindung der Demokratie und ihre Beschreibung dessen, was „nach der Demokratie" kommt, sind gelungen und lesen sich wie eine schöne Utopie. Ihren Schwerpunkt legt sie hierbei nach Ken Wilbers „integraler Theorie" auf den inneren Teil der Bewusstseinsbildung, wie sie selbst und die Gemeinschaft ihrer Ansicht nach zusammenleben möchten (in Wilbers Quadrantenmodell: individuell/innen und kollektiv/innen). Zu objektiven politischen Verhaltens- und Strukturkonzepten, wie sie in Wilbers Quadranten enthalten sind (individuell/aussen und kollektiv/aussen), bleiben ihre Ausführungen jedoch zu vage. Es finden sich nur wenige Handlungsansätze, wie die oder der Einzelne oder die gesamte Gesellschaft zur Herbeiführung dieses wahrnehmend vollkommenen Zustandes beitragen könnte. Auch mangelt es an Konkretisierungen, wie diese Weiterentwicklung der Demokratie vonstattengehen soll. Wie das „nach der Demokratie" im großen Stil funktionieren kann, und auch, wie all die gesellschaftlichen Probleme durch Vertrauen und Wahrnehmen überwunden werden sollen, bleibt auch nach der Lektüre rätselhaft.

Dennoch gelingt es ihr, über weite Teile schlüssig darzulegen, warum es notwendig ist, Getrenntsein und Konkurrenz zu überwinden und in ein Miteinander zu überführen. Sie lädt auf eine spannende Art dazu ein, sich seiner eigenen begrenzten Vernunftorientierung bewusst zu werden. Über die Kontroversität mancher ihrer Aussagen schafft sie es, in mir und vielleicht auch weiteren Leserinnen und Lesern, Wut und Fassungslosigkeit bis hin zu Verständnis und Freude auszulösen.

Eine Empfehlung für all diejenigen, die einen speziellen, eher innerlich-kulturellen Blick auf die Probleme unserer Zeit werfen möchten. Von einem ganzheitlichen, alle Bereiche integrierenden und so auch realpolitischen Entwurf sind die Vorschläge jedoch noch ein gutes Stück entfernt. /

Lukas Keßler
ist Mitarbeiter im Landesverband Baden-Würtemberg

Dürfen Politiker auch Menschen sein?

Eine Reflexion zum Rücktritt von Anne Spiegel von Dieter Halbach

Zufällig sehe ich sonntagabends am 10.04.2022 die Live-Übertragung der Pressekonferenz unserer Familienministerin Anne Spiegel. Ich sehe eine offensichtlich angespannte Frau, die erklärt, warum sie kurz nach der Flutkatastrophe im Ahrtal in den Urlaub gefahren ist. Als sie von ihrer Familiensituation spricht, von ihrem kranken Mann und den durch Corona geschwächten Kindern, steigt Mitgefühl in mir auf. Ich bin erschüttert, beunruhigt und auch froh über ihre offenen Worte. Danach schreibe ich: „So eine Ehrlichkeit in privaten und emotionalen Dingen habe ich im politischen Bereich noch nie gesehen. Ich hoffe, sie bleibt uns erhalten!"

Kurze Zeit später muss Anne Spiegel zurücktreten. Es gibt Härte und auch Häme in vielen Kommentaren. Der Kabarettist Christoph Sieber schreibt: „Wenn ich die Mehrheit der Kommentare zusammenfasse, dann lautet das Fazit so: Eine Frau mit vier Kindern und einem kranken Mann hat in der Politik nichts verloren. PolitikerInnen, die ihre Schwäche, ihre Fehler, ihre Überforderung zugeben verdienen Mitgefühl, aber keine politische Verantwortung. [...] Es ist eine Binsenweisheit, aber PolitikerInnen sind Menschen. Sie tragen natürlich eine größere Verantwortung und müssen an sich höchste moralische Maßstäbe anlegen, aber sie sind keine perfekten Regierungsmaschinen. Ich bin der Meinung, dass wir ihnen auch Fehler und Fehleinschätzungen zugestehen müssen."

Ich merke, dass neben meinem Mitgefühl auch eine Irritation in mir stärker wird. Warum hat Anne Spiegel ihre Sorgen mit niemandem geteilt? Warum hat sie sogar gelogen und so getan, als ob sie jederzeit an allen Landtags-Sitzungen teilgenommen hat? Mit der Zeit sehe ich sie nicht mehr nur als Opfer, sondern auch als Beteiligte an der Situation. Ich muss erkennen: Sie war Teil dieses Systems, unter dem sie gelitten hat. Die Soziologin Jutta Allmendinger meint, der Fall Spiegel zeige, dass sich die Gesellschaft nicht verändere, „wenn Einzelne glauben, sich über alle Maßen anpassen zu müssen. Vier Kinder, zeitweise zwei Ministerien in Rheinland-Pfalz, dann der Umzug nach Berlin, das Bundesministerium. Das ist eine Art von Überkompensation, die keinem hilft."

Anne Spiegel bietet sich nicht als Vorbild an, sondern eher als ein Lernbeispiel. Denn ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Politik dazugewinnen wird, wenn sie menschlicher wird. Doch damit sie das werden kann, muss sie Emotionen und scheinbar private Themen professionell einbeziehen, statt sie zu verdrängen und dann als Katastrophen zu erleben. Gerade in Krisen – sowohl eigenen als auch äußeren – muss Politik menschlicher und damit politikfähiger werden. Neben meiner ersten spontanen Betroffenheit beim Sehen der Pressekonferenz tritt der Wunsch nach einer systemischen Betrachtung.

Dazu einige Anregungen:

Umgang mit Gefühlen

In unserer Gesellschaft und gerade in Führungspositionen gelten Gefühle – jedenfalls verletzliche, unmännliche Gefühle – weiterhin als Schwäche. Sie zu zeigen, bedeutet Peinlichkeit, Hilflosigkeit, Versagen und meist den Verlust von Autorität und Job. Eine erfolgreiche Managementberaterin sagte mir kürzlich: „Wir müssen lernen, in Würde zu weinen." Es geht nicht darum, Kuschelgruppen in Ministerien einzurichten, sondern eine zusätzliche Kompetenz zu erwerben, um die Spannung zwischen Emotion und Ratio zu erkennen und zu nutzen. Fehlervermeidung ist oft auch eine Lernvermeidung. Gefühle und innere Konflikte als Wegweiser auch in schwierigen Situationen zu verstehen, kann die Politik stärker und zugänglicher machen. Doch dazu braucht es emotionale Kompetenz und Sprachfähigkeit und eine andere politische Kultur. Bisher gilt noch immer: „Ist der Job zu hart, bist du zu schwach."

Beratung und Begleitung

Emotionale Kompetenz erfordert ein unterstützendes Umfeld. Wie anders sähe der Politikbetrieb aus, wenn es neben fachlicher Beratung und Medientraining auch ganz selbstverständlich eine ganzheitliche Begleitung für Politikerinnen und Politiker gäbe, die auf Schwächen und Stärken, Licht- und Schattenseiten schaut? Wahrscheinlich gibt es Menschen in der Politik, die sich psychologisch coachen lassen. Aber diese ►

Foto: istockphoto/oatawa

Beschäftigung mit sich selbst ist bisher eine verschwiegene Privatsache, kein fester und kreativer Bestandteil des Politikbetriebs. Damit die Sachlichkeit gewahrt bleibt, wird bisher die Menschlichkeit ausgegrenzt. Dadurch werden Emotionen zum Sprengsatz der Irrationalität gemacht. Dabei braucht es für diese Aufgabe, dem „Gemeinwohl zu dienen", alle inneren Kapazitäten wie Empathiefähigkeit, emotionale Bewusstheit, Ko-Kreativität und eine klare ethische Orientierung. Wie aber soll eine Politikerin oder ein Politiker in einer Welt voller Emotionen führen können und Orientierung geben, ohne ihre oder seine eigenen Emotionen zu kennen? Gerade in Krisenzeiten wie Corona oder Krieg werden die Grenzen dieser nur „rationalen" Politik deutlich, sie wird teilweise irrational und nicht kommunikativ.

Geteilte Macht

An der Spitze muss keine einsame Person stehen. Schon im Normalbetrieb wäre ein geteilter Ministerposten ein Gewinn an Kompetenz durch gegenseitige Ergänzung (siehe Habeck/Baerbock). Geteilte Macht ermöglichte auch mehr Lebens-, Erholungs- und damit auch Reflexionszeit für die Verantwortlichen. Für solche Doppelspitzen wäre jedoch eine Grundgesetzänderung nötig. Machbarer wäre zurzeit das unmittelbare Team einzubeziehen, zum Beispiel wie Winfried Kretschmann vorschlägt, die Staatssekretäre. Er sagt, auch Minister müssten in schwierigen Situationen vorübergehend den Schwerpunkt aufs Private legen können. „Sonst wäre das nur leeres Gerede von der Vereinbarkeit von Beruf und Familie." Und warum nicht gleich statt einer Person ein Team wählen? Ein Plädoyer von Wenke Hussmann: „Wir sollten endlich wirklich erwachsen werden und nicht nur erkennen, dass Politiker selbstverständlich auch fehlbar sind, sondern uns auch von dem Wunsch lösen, dass sich jemand wie Mutter oder Vater um uns und unsere Probleme kümmern möge." (ZEIT online, 11.04.2022)

Resilienz

Resilienz ist die Fähigkeit, auch unter Druck noch nach den eigenen Werten zu handeln. Eine resiliente Person lebt in der Gewissheit: „Egal, was kommt, ich kann damit umgehen." Diese Gewissheit lässt sich nur aufrechterhalten, wenn man anerkennt, dass die eigene Batterie immer wieder aufgeladen werden muss. Stress ist kein Problem, solange es immer wieder Phasen der Erholung gibt, in denen das Stresslevel sinkt. Es gibt einfache Techniken, um das zu erreichen, etwa bewusstes Atmen, Bewegung, Pausen machen. Resilienz aufzubauen und zu erhalten, ist zunächst mal Aufgabe jeder einzelnen Person. Dazu gehört auch die Anerkennung, dass auch ein kluger Kopf eine Seele und einen Körper hat, die genährt werden müssen, zum Beispiel durch körperliche Aktivität, soziale Kontakte, Achtsamkeit, Sinnlichkeit, Meditation, Kunst und Kreativität. Darüber hinaus gibt es strukturelle Faktoren, die Resilienz befördern oder verhindern können. Entscheidend sind dabei zwei Fragen: „Bin ich hier sicher?" und „Werde ich anerkannt?". Wenn beide Fragen mit „Ja" beantwortet werden, kann ein Mensch sein volles Potenzial entfalten. Wie anders würden politische Debatten aussehen, wenn darauf geachtet würde, dass sich alle Beteiligten sicher und anerkannt fühlen?

Familienpolitik

Vor der Amtsübernahme des Familienministeriums sagte Anne Spiegel: „Ich werde dafür eintreten, dass Familien Zeit füreinander haben und zwar qualitativ hochwertige Zeit." Es ist eine Tragödie, dass ausgerechnet sie an diesem Ziel gescheitert ist. Viele Kommentare weisen jetzt auf dieses Dilemma hin, so auch der Ministerpräsident von NRW Hendrik Wüst: „Man ist da oft hin- und hergerissen zwischen Familie und Amt. Und das darf nicht dazu führen, dass am Ende nur Menschen, die keine Kinder haben, Politik machen können. Das wäre auch nicht gut für die Politik." Aber was heißt das? Bessere Kitas für Politikerinnen und Politiker? Oder das Kind mit ins Büro nehmen? Flexible Arbeitszeiten? Letztlich heißt es doch wohl Zeit und Muße haben für sein Kind – doch das ist nicht vereinbar mit einem totalitären Jobanspruch, der für die ganze Welt verantwortlich ist, aber nicht für die eigene Familie. „Es gibt Situationen, in denen Menschen wirklich unersetzlich sind, nämlich im Privatleben. In Notlagen ist man als Partnerin, als Elternteil, als Freund, als Sohn, als Tochter eben nicht austauschbar" (ZEIT online, Judith Liere 12.04.2022).

Politische Ausbildung

Niemand in der Politik hat seinen Beruf gelernt. Für alle Berufe gibt es Ausbildungen, aber nicht für diesen Spitzenjob mit all seinen Herausforderungen. Es braucht eine Berufsausbildung für Politikerinnen und Politiker, die der großen Verantwortung gerecht wird. Von allen Politikfeldern bis hin zu der angesprochenen eigenen „Innenpolitik" wie Emotionsmanagement, Kommunikation, kooperative Führung, systemische Planung, Resilienztraining, Traumabewusstheit usw.

Anne Spiegel hätte ein unterstützendes Umfeld gebraucht. Wie schon vor ihr der CDU-Generalsekretär Peter Tauber. Er trat im Februar 2018 aus „gesundheitlichen Gründen" zurück. In einem Interview im Juli 2021 sagt er im Stern dazu: „Das System ist stark. Alleine ändert man nichts". Er erklärt, es sei „ganz wichtig, dass man lernt, auf sich achtzugeben. Und sich auch zu fragen: Wo ist meine Grenze?". Er beklagte, eine „selbstzerstörerische Disziplin" in einer „toxischen Umgebung" gelebt zu haben, die gegen Ende seiner Amtszeit zusammengebrochen sei.

Beide Beispiele weisen, stellvertretend für die wahrscheinlich vielen verdeckten Fälle in der Politik, auf ein anderes Politikverständnis hin, auf die Notwendigkeit einer auch nach innen bewussten demokratischen Kultur. /

Dieter Halbach
Redakteur des demokratie-Magazins.

Wie positioniert sich Mehr Demokratie?

Krieg, Corona, Klimakrise: existenzielle Herausforderungen, die wir nur gemeinsam lösen können. Genau bei solchen Themen mehren sich bei Mehr Demokratie immer wieder die Forderungen, unser Verein möge sich inhaltlich positionieren. Und zwar mal in die eine, mal in die andere Richtung. **Wie gehen wir im Verein damit um?**

Unser Auftrag ist es, die Werkzeuge für direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung zu schärfen. Diese Aufgabe liegt weiterhin obenauf, wenn wir eine zukunftsfähige Demokratie werden wollen, die auch mit schwierigen Themen angemessen umgeht: Politische Debatten sollen fair und breit geführt werden. Alle Stimmen müssen dabei zu Wort kommen. Umstrittene Fragen müssen in verbindlichen Abstimmungen mit den Bürgerinnen und Bürgern beantwortet werden können. Und die zugehörigen Instrumente müssen jeder verfassungskonformen politischen Kraft zur Verfügung stehen. Für diese Werkzeuge positioniert sich Mehr Demokratie.

Inhaltlich, in Sachfragen, bleiben wir neutral. Einem Fahrrad-Volksbegehren oder Mieten-Entscheid schließen wir uns nicht an, auch bieten wir keine außenpolitische Einordnung zum Geschehen in der Ukraine, kein Votum zum Thema Corona-Impfpflicht. Das sind aus unserem Auftrag heraus nicht unsere Aufgaben. Schwieriger noch: Solche Positionierungen wären für diesen Auftrag kontraproduktiv. Denn für direktdemokratische Tools brauchen wir starke Bündnisse, Mehrheiten auch über mögliche sachliche Differenzen hinweg. Nicht von ungefähr sind wir auch parteipolitisch neutral!

Aber was ist mit Sachfragen, wo Mehr Demokratie doch Stellung nimmt? Beim Wahlalter 16 zum Beispiel betrifft die (Sach-)Frage den demokratischen Prozess: Die Jugend, um deren Zukunft es am meisten geht, muss auch in unserer schnell alternden Gesellschaft bei Wahlen angemessen mitentscheiden!

Bei der Klimakrise ist es wichtig, jetzt die demokratischen Handlungsmöglichkeiten zu nutzen. Denn spitzt sich die Lage weiter zu, schrumpfen die Spielräume – Mitsprache wird eingedampft statt ausgebaut. Der gleiche Fokus gilt beim Umgang mit Corona und dem Ukrainekrieg.

Ein wichtiges Tool bei alldem sind bundesweite geloste Bürgerräte: Nach fünf Jahren Überzeugungsarbeit gehören sie ab Ende 2022 zum politischen Werkzeugkasten! Das stärkt die Demokratie. Und nur mit starken Demokratien können wir – in Deutschland, Europa und der Welt – Frieden und Freiheit erreichen und erhalten.

Beste Grüße aus dem Mitgliederservice!

Ulrike Moser im Mehr Demokratie-Bundesbüro
Sie erreichen uns unter: 07957-923 90 50

FAQ

Sprechen und Zuhören – das war die Bundesmitgliederversammlung

Ein Bericht von Ina Kuhl

Die erste Mitgliederversammlung in diesem Jahr fand am 14. und 15. Mai in Präsenz in Berlin statt. Nach zwei Jahren Online-Mitgliederversammlung konnten wir uns endlich wieder vor Ort treffen, um uns auszutauschen und politische Schwerpunkte für die nächsten Jahre zu legen. Die Mitgliederversammlung stand ganz unter der Devise „Sprechen und Zuhören". Den Samstag nutzten wir dafür, auf verschiedenen Wegen miteinander ins Gespräch zu kommen. Anschließend folgte dann sonntags der formale Teil.

Der Samstagvormittag begann mit einem Experiment. Statt direkt mit Formalitäten, Anträgen und Berichten einzusteigen, begegneten sich alle Anwesenden zunächst in einer Runde unseres neuen Formats „Sprechen und Zuhören". Die Aufgabe war simpel und herausfordernd zugleich: „Kommt zusammen, sprecht darüber, wie es euch geht, aber hört auch aufmerksam den anderen zu. Zufällig zusammengestellt sprachen Gruppen von je drei Mitgliedern über die Frage „Wie geht es dir, als einem Menschen dem die Demokratie am Herzen liegt, in den aktuellen Zeiten?". Bevor also die eigentliche Versammlung losging, war bereits jede Stimme im Raum einmal hörbar und jede anwesende Person mit mindestens zwei weiteren Menschen ins Gespräch gekommen. Das Experiment ist geglückt!

„Diese Krisen werden sich nur mit mehr Demokratie bewältigen lassen."

Es folgte eine Runde Zuhören – unser Vorstandssprecher Ralf-Uwe Beck stimmte uns mit seiner politischen Rede auf die beiden Tage Mitgliederversammlung ein. Er sprach über den Krieg in der Ukraine und weitere große Krisen unserer Zeit. Wie können wir diese langfristig bewältigen? Das geht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern und mehr Demokratie, wie Beck ausführte. Und es braucht die richtigen Instrumente, um sich einbringen zu können. Genau hierin besteht die Aufgabe von Mehr Demokratie.

Zeit für Diskussionen – die Barcamps

Nach der bewegenden Rede ging es mit den sogenannten Barcamps weiter: Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mitgliederversammlung boten Workshops an, deren Inhalt und Ablauf sie selbst gestaltet haben. Das Ziel: mehr Beteiligung und ein offenerer Austausch untereinander. In drei Runden à 45 Minuten haben wir uns zu insgesamt 17 Themen ausgetauscht: Vom Zusammenspiel zwischen Klima und Demokratie über systemisches Konsensieren in Theorie und Praxis, aufbauende Demokratie oder Wahlkreisräte bis hin zu „Häusern für die Demokratie" – die Auswahl an Themen war groß, die Entscheidung fiel nicht leicht. Das Besondere an den Barcamps: Auch später gestellte Anträge waren Teil der Debatten. So gab es schon in Barcamps Austausch zur Verbindung der direkten Demokratie mit Bürgerräten, zur Digital Agenda und zur Demokratie in Europa.

Große Schritte in Richtung eines demokratischen Europa

Nach den Barcamps stand eine Reihe inhaltlicher Anträge an. Das erste Thema auf der Agenda: Europa neu denken und gestalten. In insgesamt drei Anträgen haben wir unsere Vision für Europa geschärft: Wir wollen zukünftig die direkte Demokratie in Europa noch stärker in den Blick nehmen. Um eine hohe Akzeptanz der Demokratie in der künftigen EU sicherzustellen, sollen Elemente der direkten Demokratie in den EU-Verträgen verankert werden. Dazu gehören das Recht auf Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen sowie obligatorische und fakultative Referenden. Auch eine Verknüpfung mit Bürgerräten ist an verschiedenen Stellen im

Verfahren denkbar. Außerdem hat gerade die Konferenz zur Zukunft der EU ein Möglichkeitsfenster aufgestoßen, das Mehr Demokratie nutzen sollte. Die Mitgliederversammlung hat beschlossen, dass sich Mehr Demokratie für einen Verfassungskonvent einsetzen und sich dafür an einer internationalen Kampagne beteiligen wird.

Mehr Demokratie verabschiedet eine Digital-Agenda

Durch die Verabschiedung einer Digital-Agenda soll der Verein die Möglichkeit bekommen, eine bürgerzentrierte Variante der voranschreitenden Digitalisierung zu entwickeln und bekannt zu machen. Die Digital-Agenda umfasst die Bereiche digitale Werte, Transparenz, Gefahren, aber auch Chancen der digitalen Demokratie. Die Verabschiedung der Digital-Agenda ist ein wichtiger Startschuss, um zukünftig weiter in dem Bereich zu arbeiten.

Berichte, Anträge und Abschluss

Der Sonntag startete ebenfalls mit einer Runde „Sprechen und Zuhören", diesmal in Zweier-Gruppen zu der Frage „Wie geht es mir heute nach dem ersten Tag der Bundesmitgliederversammlung?". Darauf folgten die Berichte aus den Landesverbänden, dem Bundesverband sowie der Bericht der Rechnungsprüfer. Während aus Berlin beispielsweise vom Klimabürgerrat und dem Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen" berichtet wurde, gab es vom Landesverband NRW eine Übersicht über die Aktivitäten rund um die Landtagswahl-Kampagne „Mitmachen möglich machen". Claudine Nierth gab eine Übersicht über die Aktivitäten des Bundesvorstands, allen voran die größte Neuigkeit des Frühlings: Der Bundestag will noch in diesem Jahr zufällig geloste Bürgerräte auf Bundesebene auf den Weg bringen. Das ist auch ein Erfolg von fünf Jahren Kampagnenarbeit von Mehr Demokratie – wir können stolz auf uns sein. Im Anschluss an diesen ermutigenden Bericht vom Bundesvorstand ging es mit inhaltlichen und formalen Anträgen weiter. Es wurde diskutiert und abgestimmt. Um die Atmosphäre zu verbessern, wurde in der Mittagspause sogar der Raum umgebaut: Aus starren Reihen wurde ein großer Kreis. Mein persönliches Highlight bei den Antragsdebatten: Ein Antrag wurde abgelehnt – viele Antragsteller erleben das sonst als eine Art Niederlage. Doch dieser Antrag war bereits in vorbereitenden Gesprächen und am Vortag im Barcamp diskutiert worden. Nun ergriff der Antragsteller nach der Ablehnung noch einmal das Wort und bedankte sich für die Diskussion und die Behandlung des Themas – damit sei das für ihn in Ordnung. Was für ein schönes Beispiel dafür, dass auch Entscheidungen entgegen der eigenen Meinung leichter tragbar sind, wenn man zuvor gehört und respektvoll diskutiert wurde.

Schnell verflogen die zwei intensiven und spannenden Tage und zum Ende bleibt nur noch zu sagen: Schön, euch alle nach zwei Jahren Online-Treffen endlich (wieder) live gesehen zu haben, und ganz großen Dank an Helena und Bertram für die tolle Moderation! Auch wenn wir die letzten Online-Versammlungen gut gemeistert haben, fehlte doch ein sehr wertvoller Punkt: die Gespräche zwischen den offiziellen Debatten, ob bei Kaffee und Kuchen, beim Mittagessen oder abends im Biergarten. Ich freue mich schon auf die nächste Mitgliederversammlung in Kassel! /

Ina Kuhl
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
bei Mehr Demokratie und im Landesverband NRW.

Neues aus den Landesverbänden

Mit Terminen vor Ort.

Baden-Württemberg

Der Landtag von Baden-Württemberg wird zukünftig auch von 16-jährigen Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Es ist erfreulich, dass dieser Schritt unter Mitstimmung der CDU endlich gegangen wurde. Das Landtagswahlrecht wurde reformiert und, ähnlich dem Wahlrecht auf Bundesebene, mit zwei Stimmen ausgestaltet. Im März wurde die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" im Landtag eingesetzt. Diese hat zum Ziel, Handlungsempfehlungen zur Resilienz und Krisenfestigkeit Baden-Württembergs auszuarbeiten.

In den nächsten Monaten wollen wir vermehrt für die integrierte Stichwahl bei Bürgermeisterwahlen werben. Welche Themen in dieser Legislaturperiode des Weiteren anstehen, wird im Juli bei der Landesmitgliederversammlung in Stuttgart besprochen. Wir im Landesbüro freuen uns darauf, wieder vor Ort direkt miteinander in den Austausch zu kommen.

Bayern

Wichtig war für uns die Erkenntnis, wieder mehr ins Gespräch mit unseren Mitgliedern zu kommen. Online oder bei ersten physischen Treffen konnten wir spüren, wie sehr uns das Miteinander in den letzten zwei Jahren gefehlt hatte. Besonders auch das Rausgehen auf die Straße und an Infoständen spannende Diskussionen über unseren Verein zu führen, ist ein schönes Erlebnis, das gerade wiederauflebt. Ebenso merken wir, wie gut einige der Positionen von Mehr Demokratie aufgenommen werden. Speziell bei einer Europa-Veranstaltung waren die Leute besonders angetan von unseren Ideen eines europäischen Bürgerkonvents sowie unseren Reformvorschlägen für EU-Parlament und Kommission. Das hat uns darin bestätigt, dass Mehr Demokratie gute Antworten auf aktuelle Fragen liefert.

Berlin

In Berlin hat das Mehr Demokratie-Jahr gut begonnen. Die beste Nachricht: In der ersten Maiwoche ist der Berliner Klimabürgerrat gestartet. Lange haben wir uns dafür eingesetzt und gemeinsam mit der Initiative Klimaneustart über 30.000 Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt. Als Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative begleiten wir den Bürgerrat weiterhin von zivilgesellschaftlicher Seite. Ein schöner Erfolg ist auch die Volksinitiative „Demokratie für alle", die sich für das Wahlalter 16, die Ausweitung des Wahlrechts auf Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und die Online-Eintragung bei Volksbegehren einsetzt. Getragen wird die Initiative von einem breiten Bündnis – die notwendigen 20.000 gültigen Unterschriften sind bald erreicht. Weiterhin kritisch begleiten werden wir die Expertenkommission, die für die Umsetzung des Volksentscheids Deutsche Wohnen eingesetzt wurde. Hier haben wir konkrete Anforderungen an die Arbeit der Kommission formuliert.

Brandenburg

In Brandenburg ist bald die Halbzeit der derzeitigen Legislatur erreicht. Das Vorhaben, die Vorprüfung für Bürgerbegehren einzuführen, ist bereits umgesetzt, jedoch hatten wir uns mehr davon versprochen. Wichtige Vorhaben im Koalitionsvertrag lassen bisher auf sich warten: zum einen eine Beteiligungsplattform und ein Kompetenzzentrum für Beteiligung, wie es auch seit Langem von den Beteiligungsbeauftragten auf kommunaler Ebene gefordert wird. Zum anderen ist auch die Online-Eintragung bei Volksbegehren im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Bremen/Niedersachsen

Der Landesverband Bremen/Niedersachsen stellt sich auf die niedersächsische Landtagswahl am 9. Oktober ein. Die rot-schwarze Landesregierung steht in Sachen Demokratie für Stagnation, gewürzt mit Rückschritt. Laut Umfragen könnte ein Wechsel zu Rot-Grün anstehen – mit gestärktem Juniorpartner. Unsere Chance für Demokratie-Reformen, die in die richtige Richtung gehen? Der LV plant unter anderem einen Online-Aufruf und Veranstaltungen nach dem Vorbild der Bundeskampagne: Zoom-Debatten mit Kandidatinnen und Kandidaten. Wir wollen unsere Ideen für ein Demokratie-Update in den Köpfen verankern und mit kommenden wie bleibenden Abgeordneten ins Gespräch kommen. Außerdem hat der LV ein Papier zum Wahlrecht veröffentlicht: „Besser wählen in Niedersachsen".
Der Link: tinyurl.com/3d49zj7s.

Hamburg

Unser Vorstand ist kleiner geworden und wir sind nur noch drei Mitglieder im

Vorstand. Mehr Arbeit auf weniger Schultern. Wir arbeiten dran. Das Hamburger Wahlrecht bedarf einer Reform. Was im Saarland passiert ist, könnte auch in Hamburg passieren: 22,3 Prozent der Wählerstimmen blieben unberücksichtigt! Die Vielfalt der Gesellschaft und ihrer politischen Sichtweisen blieben außerhalb des Parlamentes. Wir verfolgen eine Reform zur Senkung der Sperrklausel auf drei Prozent rechtzeitig vor der nächsten Bürgerschaftswahl im Jahr 2025. Bei den Wahlen zu den sieben Hamburger Bezirksversammlungen sollte die Klausel ganz gestrichen werden. Unser Diskussionspapier enthält weitere Details. Über hamburg@mehr-demokratie.de kann man das Diskussionspapier anfordern und uns weitere Vorschläge einreichen.

Hessen

Dem Landesverband stehen personelle Veränderungen bevor. Auf der Mitgliederversammlung am 12.06. wird ein neuer Vorstand gewählt. Außerdem sind wir in den letzten Monaten mit unseren Anliegen stärker in die Öffentlichkeit getreten. Wir waren für eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Hessen-SPD bezüglich der Absenkung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre in den Landtag geladen. Außerdem haben wir beim Verkehrsclub Deutschland unsere Bürgerratskampagne vorgestellt und mit Schülerinnen und Schülern einen Workshop über Beteiligung und Demokratie veranstaltet. Ende Mai sind wir live in einer Radiosendung. Es tut sich was in Hessen – inhaltlich wie organisatorisch!

NRW

In NRW drehte sich in den letzten Monaten alles um die Landtagswahl am 15. Mai. Unter dem Titel „Mitmachland. NRW“ hat der Landesverband eine umfassende Kampagne durchgeführt. Unter anderem wurden mehrere Tausend Unterschriften für einen Aufruf für Demokratie-Reformen gesammelt, der der neuen Landesregierung übergeben wird. Weiterhin fanden drei Online-Podiumsdiskussionen mit Abgeordneten zu den Themen Lobbyregister, Bürgerräte und digitale Beteiligung sowie eine Veranstaltung mit Initiativen zur direkten Demokratie in den NRW-Kommunen statt. Auch Wahlprüfsteine und ein Wahlprogramm-Check waren Teil der Kampagne. Darüber hinaus hat sich der Landesverband vor der Wahl mit mehr als 50 Kandidatinnen und Kandidaten ausgetauscht.

Wie schon bei vergangenen Wahlen hat der Landesverband auch in diesem Jahr wieder die Aktion Wahlhelfer gestartet. Auch in diesem Jahr konnten so über hundert Freiwillige an die Wahlämter vermittelt werden.

Schleswig-Holstein

Unser Positionspapier „Möglichkeiten der Verbindung von direkter Demokratie und Bürgerräten“ wurde den Landtagsabgeordneten zugesendet. Gespräche mit der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und dem SSW wurden geführt. Tendenz positiv.

Dann wollten wir es genauer wissen und luden zur Online-Podiumsdiskussion ein. Unterstützung kam von Bündnis 90/Die Grünen und dem SSW. Die SPD zeigte sich ebenfalls offen, sprach aber Verfahrensprobleme und auch die Änderung der Gemeindeordnung an. CDU und FDP beharren auf der repräsentativen Demokratie. Erstaunlicherweise kamen aber von allen Fraktionen Themenvorschläge für einen eventuellen Bürgerrat Windkraft, bedingungsloses Grundeinkommen, Gemeindegebietsreform, Klimaschutz, Bildung, Innenstadtgestaltung, Sicherheitsempfinden, Straßenbau/Straßenführung, Krankenhausversorgung und Mobilität. Wir bleiben dran!

Überraschend war für uns, dass der Widerstand gegenüber Bürgerräten anscheinend um so heftiger wird, je mehr wir das Thema auf der Ebene des Landes und der Kommunen erörtern. Nicht so auf Bundesebene.

Thüringen

Das war großes Kino: die Anhörung im Petitionsausschuss des Thüringer Landtages am 24. Mai. Verhandelt wurde der Vorschlag von Mehr Demokratie, das Kommunalwahlrecht so zu ändern, dass Kommunen sieben Instrumente ausprobieren können, mit denen sich die Wahlbeteiligung steigern lässt, zum Beispiel indem Briefwahlunterlagen automatisch zugestellt werden. Ausgearbeitet haben den Vorschlag die beiden Professoren Arne Pautsch und Hermann Heußner, beide Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie. Die Debatte im Landtag war erstaunlich konstruktiv – am Ende mit Vorschlägen der Abgeordneten dazu, wie es weitergehen könnte: Befassung im Innenausschuss, Beratung in Fraktionen, Anhörung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Das gibt Rückenwind. Was sich auch gezeigt hat: Das Petitionsrecht in Thüringen ist vom Feinsten. 1.500 Unterschriften unter eine öffentliche Petition und die Initiative wird direkt angehört. Unterschreiben kann auch, wer nicht in Thüringen wohnt. Warum auch nicht? Der Vorschlag aus Thüringen könnte zum Modell werden für die übrigen Länder. /

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Willy Brandt, kurz vor seinem Tod 15.09.1992

Willy Brandt (1913–1992) war von 1969–1974 der erste sozialdemokratische Bundeskanzler. Gesellschaftspolitische Liberalisierung, die Losung „Mehr Demokratie wagen“ und eine neue Ostpolitik kennzeichneten seine Kanzlerschaft.

Der russische Angriff am 24. Februar auf die Ukraine hat die Diskussion um Frieden, Verteidigung und Waffenlieferungen in Krisengebiete verändert. Dies haben die Debatten um die Ostermärsche dieses Jahres besonders deutlich gemacht. Gerade auch in der SPD und in der Linken wurde lange unter Berufung auf Willy Brandt und seine Ostpolitik der Dialog mit Russland unter Putin bis hin zur Kumpanei betrieben. Jetzt folgt das große Aufwachen: Man habe sich in Putin getäuscht und müsse jetzt der Gewalt entgegentreten. Aber wie? Das moralische Dilemma „Frieden schaffen mit oder ohne Waffen“ steht im Mittelpunkt der Neuorientierung. Die Zeitenwende wird in jedem Fall eine andere europäische Friedensordnung in einer polaren Welt schaffen. Sind die Antworten von heute dafür von Dauer? Oder unterliegen sie dem Ausgang des Krieges, je nachdem, wer gewinnt? Werden sie eine neue Quelle für gesellschaftliche Spaltung oder für Zusammenhalt sein? Und: was würde Willy Brandt wohl sagen?

Ausgewählt von Helena Peltonen-Gassmann, LV Hamburg von Mehr Demokratie

Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F057884-0009 / Engelbert Reineke / CC-BY-SA 3.0

Kontakt

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart
Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11
info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Schwanthalerstr. 120, 80339 München
Tel. 089-462 242 05
bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Berlin/Brandenburg
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Bernhardstr. 7, 28203 Bremen
Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371
bremen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Mittelweg 12, 20148 Hamburg
Tel. 040-317 691 00, Fax 040-317 691 028
hamburg@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Matthias Klarebach, Dirk Oestreich
vorstand@mehr-demokratie-hessen.de
Felix Hoffmann (Tel. 0152-327 095 38)
felix.hoffmann@mehr-demokratie.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Hermannstr. 36, 18055 Rostock
mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen
Gürzenichstraße 21 a-c, 50667 Köln
Tel. 0221-669 665 11, Fax 0221-669 665 99
nrw@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Franz Botens
Tel. 01573-062 06 33
franz.botens@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland
Thomas Gretscher
Tel. 0681-416 36 41
thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt
Oliver Wiedmann
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Landesbüro Sachsen
Kreuzstrasse 3B, 04103 Leipzig
Tel. 0163-685 69 66
sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Schleswig-Holstein
Dorfstr. 2a, 24975 Husby
Tel. 04634-936 76 16, mobil 0157-522 432 20
sh@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen
Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt
Tel. 0172-7 96 29 82
thueringen@mehr-demokratie.de

Arbeitsbereiche

Geschäftsführung und Kuratorium
Roman Huber, Büro Tempelhof
roman.huber@mehr-demokratie.de
Alexander Trennheuser, Büro NRW
alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer
Ulrike Moser, Büro Tempelhof
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Anne Dänner, Büro Berlin
Anselm Renn, Büro Berlin
presse@mehr-demokratie.de

Internet
Aline Koeppen
aline.koeppen@mehr-demokratie.de
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation
Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung
Katrin Tober, Büro Bremen
katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation
Frank Rehmet, Büro Hamburg
frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin
claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International
Daniel Schily, Büro NRW
daniel.schily@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Aufbauende Demokratie
Harris Tiddens
harris.tiddens@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt
Stefan Padberg
stefan.padberg@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Socher, Büro Bayern
beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach, Büro Bremen
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung
Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü
fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis dezentrale Demokratie
Karl-Martin Hentschel
karl.m.hen@googlemail.com

Arbeitskreis Digitalisierung und Demokratie
Alexandra Arweiler
alexandra.arweiler@mehr-demokratie.de

Beratung von Bürgerbegehren
Bei den Landesbüros oder zentral:
beratung@mehr-demokratie.de

Beratung zu Bürgerräten
Thorsten Sterk
thorsten.sterk@buergerrat.de

Bundesbüros

Bundesbüro Tempelhof
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Impressum

Herausgeber (V.i.s.d.P.)
Mehr Demokratie e.V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
info@mehr-demokratie.de

Redaktion
Dieter Halbach
zeitschrift@mehr-demokratie.de
0176-26 95 45 59

Abonnement
18 Euro für vier Ausgaben jährlich.
Für Mitglieder und Förderer von Mehr Demokratie e. V. ist der Abopreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anzeigen
Preisliste Nr. 4 vom 11.04.2012

Druck
Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH & Co. KG
100% Umweltpapier

Konto
Mehr Demokratie, BfS München
IBAN: DE14 700 2050 0000 885 8105
BIC: BFSWDE33MUE

Kleingedrucktes
Nachdruck frei, Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Vereins wieder. Für unaufgefordert eingesandte Artikel kann keine Haftung übernommen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

Redaktionsschluss
Für Heft 03/2022: 12.08.2022

Bildnachweis
Soweit nicht anders angegeben, stammen die Bilder dieser Ausgabe aus unserer Datenbank.

Gestaltung
Liane Haug

Bei uns können Sie mitsprechen. Fragmente aus unserer Reihe „Sprechen und Zuhören“. Jetzt anmelden und Einladungen zu allen Veranstaltungen bekommen.

SPRECHEN & ZUHÖREN

ZEIT OHNE KONZEPT
SELBSTVERTEIDIGUNG
KRIEGSAUTARKIE
UKRAINE
FASSUNGSLOSIGKEIT
UNSICHERHEIT
MENSCHEITSFAMILIE
TRAUMA
POLARISIERUNG
BESONNENHEIT
TRANSGENERATIONALES TRAUMA
WILLE ZUM FRIEDEN
VERWIRRUNG
HOFFNUNG
DIFFERENZIERUNG
FRUSTVENTIL
ZERRISSENHEIT
DEMOKRATIE
ATMEN
MENSCHEN
HILFLOSIGKEIT
FASSUNGSLOSIGKEIT
SYSTEMFRAGE
WAFFEN
KOMMUNIKATION
DEESKALATION
FRIEDENSFORSCHUNG
WAHRHEIT FINDEN
MENSCHHEITSFAMILIE
UNSICHERHEIT
SCHWARZ-WEISS-POLEMIK
WIRTSCHAFTSINTERESSEN
MENSCHEN 1. UND 2. KLASSE
SPALTUNG VERHINDERN
ANGST
HINSCHAUEN AUF NEUES
DIPLOMATIE

facebook.com/mehrdemokratie
twitter.com/Volksentscheid
instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de

MEHR DEMOKRATIE